Selbstverständlich waren in der Versammlung auch viele sozialdemokratische Arbeiter, die meinen Ausführungen, namentlich, soweit sie die Landesverteidigung betrafen, zustimmten. Wenn Beifall gespendet wurde, so kann er also von dieser Seite, wie andererseits der Widerspruch aus dem Munde der radikalen Arbeiter kam. Es ist ja durchaus nichts Ungewöhnliches, daß ein Redner in derselben Versammlung Widerspruch und Beifall erhält. Auf eine Aenderung meiner Grundanschauung kann daraus unmöglich geschlossen werden.

Was das am Mittwoch, den 30. Januar 1918, beschlossene und herausgegebene Flugblatt anlangt, so habe ich bereits in der ersten Instanz ausgesagt, daß ich mich seiner nicht erinnere.

Nach Aussage des Zeugen Richard Müller soll die Sitzung, in der es beschlossen wurde, am 30. Januar 1918 abends in einer Küche in Treptow abgehalten worden sein. Nach sorgfältiger Prüfung meines Gedächtnisses erkläre ich heute, daß ich überzeugt bin, an dieser Sitzung überhaupt nicht teilgenommen zu haben. Am 30. Januar abends fand eine gemeinsame Konferenz des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei mit dem Parteiausschuß statt. In der Regel ging diesen gemeinsamen Konferenzen eine besondere Sitzung des Parteivorstandes vorher, in der dessen Stellung zu den mit dem Parteiausschuß zu beratenden Angelegenheiten festgelegt wurde. So ist nach meiner Erinnerung auch am Nachmittag des 30. Januar verfahren worden. Diese Sitzungen sind stets von mir vorbereitet und geleitet worden. Bestimmt erinnere ich mich, daß die gemeinsame Konferenz des Parteivorstandes mit dem Parteiausschuß von mir geleitet wurde, und daß ich dort einen ausführlichen mündlichen Bericht über die politische Lage gegeben habe.

Diese Sitzung begann gegen 7 Uhr abends und endete gegen 11 Uhr. Ich habe bis zum Schluß an ihr teilgenommen. Kann also unmöglich zur gleichen Zeit in jener Treptower Küche gewesen sein, in der das Flugblatt beschlossen wurde.

Zu meiner Rede im Reichshauptausschuß am 22. Januar betone ich, daß ich mich nicht, wie das Urteil annimmt, zu dem Wortlaut des Protokolls bekannt habe. Ich habe im Gegenteil in meiner Vernehmung vom 24. November 1924 ausdrücklich gesagt, **daß ich mich auf den Wortlaut in keiner Weise festlegen kann.** Diese Protokolle sind, wie übrigens auch der Zeuge Ackermann bekundet hat, nicht wörtlich mitstenographiert, sondern nur ungefähr sinngemäß Aufzeichnungen überhaupt durchsehen, sich auf ganz notwendige Korrekturen beschränken. **Ich muß also die Verantwortung für den Wortlaut des Protokolls meiner Rede vom 22. Januar ablehnen. Es kann nicht als wirkliche Wiedergabe meiner Rede angesehen werden.** In dieser habe ich mich sinngemäß dahin ausgesprochen, daß auch die deutsche Arbeiterschaft einen baldigen Frieden unter Verzicht von Annexionen wünschte und insofern dem Protest der österreichischen Arbeiter gegen die Annexionspolitik zustimme. Wenn ich mich, was möglich ist, scharf ausgedrückt habe, so ist dies zu erklären durch die schwere Sorge, die mich damals angesichts der verzweifelten Ernährungslage und der annexionistischen Bestrebungen erfüllte. **Da die Sitzung streng vertraulich war, konnten ungünstige Folgen für die Oeffentlichkeit nicht erwachsen."**

*

Dieses „Geschichtswerk" stellt nach dem „Vorwärts" vom 11. März (Abendausgabe) eine ruhige und überlegene Abwehr der auf Grund kommunistischer und nationalistischer Zeugenaussagen vor dem Schöffengericht konstruierten Anklage des Landesverrats dar.

Weiter berichtet der „Vorwärts" am selben Abend:

„General Gröner (es ist dies der berüchtigte Hundstoßtrupp-Gröner. Die Red.) der frühere Chef des Kriegsamtes und spätere Generalquartiermeister, legte wie im ersten Prozeß, so auch heute wieder Zeugnis ab für die Reinheit der Gesinnung und die Unbeirrbarkeit der Ueberzeugung Eberts in Bezug auf die Landesverteidigung."

Wahrlich, eine herrliche Gestalt von Arbeiterführer. Eine proletarische Jugend, die sich an solch einem „Helden der Arbeiterklasse" ein Vorbild nehmen würde, wäre wert, eingestampft zu werden.

Produktionskontrolle der K.P.D. bei den Deutschen Werken

Um Interesse an der Erhaltung der Lohnsklaverei zu erwecken, muß man ab und zu durch einen Mißton im harmonischen Glockengeläut eine scheinbare Bewegung anzeigen. Die Betriebsräte müssen ab und zu durch eine Parole der Zellentaktiker, in die Erinnerung der Arbeiter zurückgerufen werden.

Um überhaupt anzudeuten, daß die revolutionären Betriebsräte der KPD., die Zellen im Betrieb etwas wollen, abgesehen davon, daß das, was sie wollen, Unsinn ist, muß von Zeit zu Zeit eine alte oder neu erfundene Parole wieder aufgezogen werden.

Das durch den Reformismus der Gewerkschaften halb eingeschläferte Proletariat muß ab und zu mal wieder von einem neuen Aufzug auf dem Schauplatz des Reformismus interessiert werden. Die KPD., die ein großes Interesse an der Erhaltung der Gewerkschaften hat, muß durch ihre Betriebszellen natürlich den Massen in Erinnerung bringen, daß sie als „revolutionäre" Partei innerhalb der Gewerkschaften den Willen hat, auch etwas am Kapitalismus zu ändern.

Die SPD. spricht offen und ehrlich aus, daß sie garnicht den Willen hat, etwas an der bestehenden Gesellschaftsordnung zu ändern, daß es ganz unmöglich ist, etwas ändern zu können, d. h. durch den Reformismus) und daß es sich lediglich darum handeln könne, durch Vereinbarungen mit dem Kapital die Lebenslage der Arbeiter zu regeln.

Die KPD. darf diese Ohnmachtserklärung der Gewerkschaften noch nicht zugeben. Sie nennt sich ja die revolutionäre Partei des Proletariats. Sie muß den Bernsteinschen Reformismus in ein interessanteres Licht rücken.

Alle Proletarier der Revolutionszeit haben, die jüngste Etappe dieses Reformismus mit erlebt, sie müßten sich daraufhin eigentlich von der Praxis ein eigenes Urteil fällen können. Die ganze gesetzliche Betriebsrätebewegung, diese jüngste Etappe des gewerkschaftlichen Reformismus ist es, auf die die KPD. in der augenblicklichen Zeit der Neuwahlen die Massen der Arbeiterschaft wieder aufmerksam machen muß.

Der Kapitalismus hat mit ihnen tabula rasa gemacht und sie im Lande Hirgendwo untergehen heißen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, die Ueberbrückung der Klassengegensätze durch die Betriebsräte hat die Macht des Kapitals so in den Sattel gehoben, daß die Verelendung des Klassenkampfes nicht mehr nötig und auch nicht mehr möglich ist.

Die Macht des Kapitals drückt sich in seinem absoluten Diktat über die Arbeiterklasse aus, und die Massen des Proletariats werden über die verhandelnden Betriebsräte hinweg hilflos zu planlosen Kämpfen, zu direkten Abwehrkämpfen gezwungen.

Alle die vermittelnden Rechte, die die Betriebsräte als scheinbare Errungenschaft mit den Pflichten (den Betrieb des Kapitalismus vor Erschütterungen zu bewahren, die Lohnsklaverei aufbauen zu helfen.) hatten, sind zerschmolzen,

Nowawes

Oeffentl. Versammlung

Freitag, den 20. März, abends 7½ Uhr

im Kiemms Festsäle

Thema:

Eisenbahnerstreik — Präsidentenwahl — Was tun?

Klassengenossen erscheint in Massen

und die Instrumente der Gewerkschaften stehen vor dem Nichts.

Ihnen gegenüber steht der gefestigte Kapitalismus, der versucht, seine Krise durch die Ausbeutung der entseelten Lohnsklaven aus der Welt zu schaffen.

Immer neue Kapitalsverschiebungen, immer neue Spekulationsmotive und immer schärfere Ausbeutungsmethoden treten auf den Plan.

In diesem Ringen glaubt die KPD. an Stelle der SPD. die Position retten zu müssen. Die Eroberung der Massen, die Eroberung der Gewerkschaften muß mit allen Mitteln bewerkstelligt werden, koste es was es wolle und sei es die Aufgabe des Klassenkampfes: „Die zerrüttete Produktion der Ausbeutungswirtschaft muß vom Betriebsrat kontrolliert werden!" „Aufbau der Produktionskontrolle!"

Diese Parole der 3. Internationale, die 1922—23 bei der Verschacherung der deutschen Kulis durch die deutsche Großindustrie in Rheinland-Westfalen, im Ruhrgebiet, ihre ganze Lächerlichkeit bewies, wirkt heute nicht weniger lächerlich.

Heute ebensowenig wie zu jeder anderen Zeit wird sich das Großkapital durch den Nachweis seiner Unehrlichkeit und Ungerechtigkeit von Seiten der KPD. von seiner Handlungsweise abhalten lassen. Mit Statistiken über die Machtentfaltung des Kapitals läßt sich das Kapital nicht davon abhalten, die Ausbeutung des Proletariats noch zu vergrößern.

Alle Kontrolle, und sei sie auf die kleinsten Einzelheiten der kapitalistischen Produktion und des Warenmarktes eingestellt, muß nur feststellen, daß die Macht zur Ausbeutung der Imperialismus, der Staat durch eine Kontrolle nicht gestürzt werden kann. Dazu gehört die Macht, die Diktatur der Arbeiterklasse.

Interessant ist ein kleines Beispiel, in dem man versucht, die Parole der Produktionskontrolle in Anwendung zu bringen. Die Deutschen Werke, ehemalige Munitions- und Waffenfabriken, die in verschiedenen Orten im Reich große Produktionsstätten haben, sind im Begriff, in die Hände der deutschen Großindustriellen überzugehen. Die Aktienkapitale dieser Ausbeutungsstätten sind teilweise schon in den Händen der Großindustrie. Im übrigen steht fest, daß es ganz gleich ist, ob wir es mit Privat- oder Staatskapitalismus zu tun haben, bestimmend ist das konzentrierte Großkapital.

Ehe diese Produktionsstätten in die Hände der privaten Schwerindustrie übergehen, wird eine Spekulationsbewegung einer Unrentabilität inszeniert.

Die Existenzbedingung ist diesen Werken scheinbar geraubt. Die Gewerkschaften und die KPD. in der „Roten Fahne", vom Donnerstag, müssen das durch ihre Kontrolle feststellen, und für die Existenzbedingung dieser Ausbeutungsstätten eintreten. Die Werke sollen angeblich geschlossen werden. Die Arbeiter werden „aufgerufen", dazu Stellung zu nehmen. In Betriebsversammlungen werden durch die gesetzlichen „Kontrollausschüsse" die Betriebsräte, Resolutionen und Beschlüsse für die Rettung der Werke durchgedrückt, die Betriebe, wie die Schwerindustrie, mit Staatskrediten zu unterstützen.

Die „Rote Fahne" schreibt:

„Die Belegschaft der Deutschen Werke, Abteilung Spandau-Haselhorst, hat sich, wie schon kurz gemeldet, in überfüllten Betriebsversammlungen gegen die Verschacherung der Staatsbetriebe an das private Schwerkapital ausgesprochen.

Desgleichen hat die Belegschaft der Abteilung München der Deutschen Werke in einer Betriebsversammlung schärfsten Protest gegen die Schließung des Münchener Werkes erhoben.

Spandau wie München fordern in Resolutionen Reichskredite für die Fortführung der Deutschen Werke.

Es ist selbstverständlich, daß das Reich, das 715 Millionen Mark aus den Steuergroschen der Arbeitenden für die Schwerkapitalisten an der Ruhr übrig hat, Staatskredite seinen eigenen Werken geben muß. Doch die Bürgerblock-Regierung denkt nicht daran, Gelder für die reichseigenen Werke im Interesse der Arbeiterschaft locker zu machen. Schwerkapital und Bürgerblock-Regierung stehen auf dem Standpunkt, den am schärfsten die „Berliner Börsenzeitung" in ihrer Morgenausgabe vom Mittwoch formuliert: daß die Staatsbetriebe dem selbstverständlichen Zugriff des Privatkapitals unterliegen."

Den Schluß bilden noch folgende praktischen Vorschläge:

„Was den Deutschen Werken fehlt, ist Geld für moderne Maschinerie. Das muß beschafft werden. Aber es darf nicht gegeben werden in die Hände derer, die bisher die Deutschen Werke zu Tode saniert haben. Der Generaldirektor Henrich ist nach seinem Mißerfolg bereits zurückgetreten; die übrigen Direktoren sind genau so privatkapitalistisch eingestellt, wie es der Generaldirektor gewesen ist.

Das Geld, das zum Ausbau der Deutschen Werke noch erforderlich ist, muß unter der Kontrolle des Gesamtbetriebsrats verwaltet und angelegt werden. Die Arbeitsbedingungen müssen vom Betriebsrat kontrolliert werden, damit die moderne Maschinerie die Arbeiten nicht noch mehr verteuert. Die Belegschaften der Deutschen Werke, die mit Recht den Kampf um den Staatsbesitz in die Hand genommen haben, müssen das durchsetzen, wenn sie wollen, daß von der bankrotten Ebert-Sozialisierung ein erster Schritt zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Interesse der Werktätigen getan werde."

So ungefähr denkt sich die KPD. die Einführung des Kommunismus durch die Aufrechterhaltung und Kontrolle staatlicher Ausbeutungsstätten.

Nirgends ist wohl die Methode der Ausbeutung der Arbeiter größer gesteigert als in den Deutschen Werken. Die Arbeiter sind hier die Versuchskaninchen des Einführungs des Fordsystems. Die Ausbeutung der Arbeitskraft in der Produktion von Motorrädern ist so erheblich gesteigert, daß die übrige Industrie den Deutschen Werken ein Preisdiktat auferlegen mußte.

Das Großkapital hat alles Interesse daran, diese Produktionsstätten in seine Hände zu bekommen. Es wird ihm auch gelingen, trotz der illusionären Entschließungen der proletarischen Kontrollausschüsse. Vorerst wird man aber versuchen, mit Hilfe der Betriebsräte vom Staat ein Kredite einzustecken.

Dieser Betrieb wird zu einem Musterbetrieb kapitalistischer Ausbeutung gemacht werden, mit dem die anderen Proletarier in die gleiche Bahn getrieben werden.

Den Glauben zu erwecken, mit der Kontrolle in das Produktionsgetriebe eindringen zu können, stärkt durch die Ablenkung von der Wirklichkeit der Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Reaktion.

Ausland

„Stilles Heldentum"

Auch in unseren Reihen wird häufig die Frage über den Wert der bewußten Erkenntnis und dem mehr gefühlsmäßigen Handeln im Klassenkampf aufgeworfen. Aber gerade das Verhalten der Mitte des Sumpfes der Arbeiterbewegung im internationalen Maßstabe zeigt, daß erst das revolutionäre Fühlen die klare Erkenntnis heranreifen läßt. Oder klarer gesagt: Es gibt Menschen, die trotz klarster Einsicht in die Verhältnisse aus ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klassenschicht oder aus sonstigen seelischen Gründen nicht kämpfen wollen, sondern immer wieder die Formel, um das Ausweichen vor dem Kampfe zu begründen, finden.

In dem „The New Leader" Nr. 7, 13. Februar 1925, finden wir zwei kurze Artikel, die das eben Gesagte gut illustrieren. Die eine Notiz heißt: Macdonald und die Liga. Mit dem Brustton des Gerechten weisen die Herren der ILP. nach, daß Mac Donald auf dem Boden des Genfer Protokolls steht, und sofort auf der anderen Seite bittet, vom Völkerbund in seinen Kindheitstagen nicht allzuviel zu verlangen: „nicht das Babi mit Beefsteak zu füttern". Wenn wir selber in einer Frage des wirtschaftlichen Imperialismus, wie es die Sudanfrage ist, uns nicht hinelnreden lassen wollen, so sagen sie mit frommem Augenaufschlag: „Wie kann man von andern erwarten, daß sie gehorchen." In einem größeren Artikel: „Das Schlachtschiff und das Slum" — unter Slum versteht der Engländer die im Schmutz und schlimmsten Wohnungselend verfallenden Arbeiterviertel — befaßt sich Brailsford mit den beiden Genossen des heutigen Verfalls. Der Hunger, der Unterverbrauch der Arbeiterklasse ist es, welche den Kapitalisten zwingen, mit Eisenbahn, mit Kapitalsanlagen ins Ausland zu gehen und es folgt der Admiral auf dem Schlachtschiff, um die Interessen seiner Kapitalisten zu schützen. Die Regierung ist nur der gehorsame Diener in den Händen dieser Räuber. Die Zusammenhänge sind unseren Lesern bekannt und Brailsford bei seinem Aufenthalt in der Türkei hatte genügend Gelegenheit, die Praktiken des europäischen Kapitals an der Quelle zu studieren. Aus seinen trefflichen Ausführungen sei nur das Zitat einer Rede Josef Chamberleyns wiedergegeben: „Groß-Britannien ist ein Handelsstaat . . . Es ist durch den Handel geschaffen, auf den Handel basiert und würde nicht einen Tag ohne den Handel existieren. . . Aus diesen Gründen unter anderem, würde ich niemals den eisernen Griff lockern, den wir auf unserer großen indischen Kolonie halten. Bei weitem unser größter und wertvollster Kunde, den wir besitzen und je besitzen werden. Aus denselben Gründen bin ich für die fortgesetzte Besitznahme von Aegypten. . . Und aus denselben Gründen, daß ich dafür eintrete, daß unsere Flotte immer weiter ausgebaut wird, bis unsere Seehoheitsstellung so gesichert ist, daß wir in unseren Besitzungen nicht erschüttert werden können, auch nicht in irgend einer, welche wir noch ergreifen werden."

Er weist ziemlich zum Schlusse noch wieder auf die neuerdings in Angriff genommene Befestigung in Singapore hin und schließt mit den Worten:

„Solange das Privatkapital zum Schutze seiner Interessen die Schreiber des Außenministeriums anrufen kann und mit ihnen den Admiral der Flotte, so lange wird das Kapital den Militarismus groß füttern und Kriege vorbereiten."

Dieser selbe Brailsford schließt seinen Leitartikel: „Die Gefahr am Rhein", indem er die Nervosität des militärisch übermächtigen Frankreich feststellt, indem er feststellt, daß Herriot in einer „beklagenswerten" Rede für die Sicherheit Frankreichs allein die Rheingrenze gelten läßt, in der Herriot bedauert, daß die Alliierten den Kaiser nicht haben hängen lassen. In diesen wenigen Monaten der Regierung, — o Demokratie, wohin bist du entschwunden. Und Brailsford, der einige Seiten vorher festgestellt hat, besser als wir es könnten, warum der Kapitalismus aus seiner innersten Natur heraus so blutgierig sein muß, warum er ohne jedes Erbarmen zu Hause und Uebersee die Ausbeutung, das heißt den Klassenkampf auf die Spitze treiben muß, schließt heißt den Klassenkampf auf die Spitze treiben muß, schließt jetzt: **„Unsere Aufgabe muß es sein, gegen diese gefährlichen reaktionären Vorschläge eines einseitigen Abkommens das breite Vertrauen des Genfer Protokolls zu setzen. Es ist auf breite Verhandlungen gegründet und ebnet den Weg für Abrüstungen und schließlich das Protokoll allein wird gegenseitige Sicherheit und Gerechtigkeit aufbauen."**

Wahrlich, die Götter der 2. Internationale sind sich alle gleich.

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTFALEN.

Düsseldorf. Anläßlich der am 22. März 1925 in Düsseldorf stattfindenden Bezirks-Konferenz der KAJ. findet am Sonnabend, den 21. März 1925, abends 6 Uhr, in der Bücherstube der „Abtrünnigen", Schirmer-, Ecke Beuthstraße, ein öffentlicher Vortrag statt.

Thema: Jugend und Revolution. Alle Genossen und KAZ.-Leser bitten wir, für diese Veranstaltung die rührigste Propaganda unter den Jugendlichen zu entfalten, und wenn möglichst, selbst zu erscheinen.

Die Bezirksleitung der KAJ., Rheinland-Westfalen.

GROSS-BERLIN.

Achtung! Konstituierte Sitzung aller Ausschüsse der KAP. und AAU., sowie der Jugend, am Freitag, den 20. März, abends 7 Uhr, Gipsstraße 23.

Achtung! Referenten und sämtliche Diskussionsredner, neuer Erscheinen zu der oben angezeigten kombinierten Ausschußsitzung ist unbedingte Pflicht.

3. Unterbezirk (Wedding). Am Montag, den 23. März 1925, Zusammenkunft aller Parteigenossen im bekannten Lokal, abends 7½ Uhr. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Bekanntgabe und organisatorische Vorbereitung der Versammlung Pharussäle 142 am 26. 3. 1925.

7. Unterbezirk (Charlottenburg). Mittwoch, den 25. 3., abends 7½ Uhr, **Mitgliederversammlung** in der Schule, Quedlingbeckstraße 32. Alle Genossen müssen erscheinen. — Mitgliedskarte vorzeigen!

15. Unterbezirk der AAU. (Köpenick). Die Mitgliederversammlung findet in dieser Woche Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr, statt. Lokal: Augustin, Köpenick, Kirch-, Ecke Rosenstraße. — Die Parteigenossen haben vollzählig zu erscheinen.

16. Unterbezirk (Köpenick). Die Genossen treffen sich am Sonntag, den 22. März, vormittags 9½ Uhr, am Bahnhof Adlershof zur Kranzniederlegung für die revolutionären Opfer des Kapp-Putsches.

Ortsgruppe O. Hennigsdorf (Lokomotivfabrik.) Am Freitag, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal „Drei Linden" in Hennigsdorf eine öffentliche Betriebsversammlung statt. Tagesordnung: Betriebsratswahlen oder revolutionäre Betriebsorganisationen. Proletarier, Klassengenossen der AEG. Hennigsdorf, erscheint in Massen.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 22

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Sieg der Gewerkschaftsbesitzer

Eindringliche Lehren des Eisenbahnerstreiks

Proletarier, seht dieser Niederlage offen in's Gesicht und lernt aus ihr!

Enttäuscht, wie schon so oft, kehrt eine neue Arbeiterschicht in ihre Fronstätten zurück. Bei Tausenden und Abertausenden reift die Erkenntnis, daß mit den Gewerkschaften aller Schattierungen nichts mehr zu machen ist. Dieser richtigen Erkenntnis darf aber nicht die negierende Gleichgültigkeit folgen, sich nun um nichts mehr zu bekümmern.

Es heißt für die geschlagenen Eisenbahner jetzt, sowie für das gesamte Proletariat zu erkennen, warum die Gewerkschaften, die doch diesmal eine Einheitsfront bildeten von den Gelben bis zu den „Roten", nicht mehr für die Klassenkämpfe des Proletariats in Frage kommen können. Es heißt für die Eisenbahner sowie für das gesamte Proletariat die Ursachen seiner fortgesetzten Schläge zu erkennen. Nur wenn die Ursache blosgelegt und erkannt wird, wird es möglich sein, die Voraussetzungen für den zukünftigen Klassensieg zu schaffen.

Wer die Streikbewegung der Eisenbahner verfolgte, glaubte sich ins Zeitalter der Landpost zurückversetzt.

Als wenn es keine Telegraphie, keine Post, keine moderne Verkehrsmittel gab, so langsam verbreitete sich der Streik. Erst in Leipzig, dann endlich in Dresden. Nach einer Woche der sächsischen Gütertarifer nahm man schon in Berlin in etlichen Versammlungen Stellung. Wohl kargte man nicht mit Sympathiekundgebungen, doch diese sind recht billig. Der ganze Streik war von Anfang an ein totgeborenes Kind.

Die unmenschliche Arbeitszeit, an vielen Stellen 16 Stunden, die geradezu hundsföttische Entlohnung, die Drangsalierungen, die Schikanen, alles zusammen schufen die Stimmung, die zur Explosion drängte. Dazu kam die ablehnende Haltung der Reichsbahngesellschaft betreffs der Verhandlungen über die geringfügigen „Forderungen" der Eisenbahnergewerkschaften.

Die Gewerkschaften selbst sind zahlenmäßig nicht allzustark vertreten. Sie wurden von der Gesellschaft etwas herablassend behandelt. Ihr Prestige war in Gefahr und damit eventuell auch ihre eigene Existenz. Die zur Explosion drängende Stimmung unter den Eisenbahnarbeitern war ihnen, den „Altbewährten" gerade recht. Um zu beweisen, daß sie die Massen noch immer in der Hand haben, stellten sie sich sofort an die Spitze der ausbrechenden Teilstreiks, um sie wie stets in die geordneten Bahnen zu lenken, also langsam aber sicher abzuwürgen.

Während man in den Streikversammlungen radikale Schaumschlägereien veranstaltete, sagte man in den Verhandlungen und im Reichstag worauf es ihnen eigentlich ankommt. Offen sprach es Schumann, der SPD.-Redner und Transportarbeiterführer aus:

„Wir wollen für die Eisenbahner nur 3 Pfg. die Stunde!"

In den Streikversammlungen dagegen sagte man, es geht um den Achtstundentag, es geht um 25 v. H. Lohnerhöhung und wer weiß was sonst noch. Um die Unorganisierten wieder zu ködern, wurden sie mit auf die Streikunterstützungslisten gesetzt, erhielten auch Unterstützung. Da man dieses natürlich nicht aus den eigenen Kassen begleichen konnte, wurden andere Güterbodenbelegschaften, die die Tatsolidarität als dringendes Gebot der Stunde erkannten, davon zurückgehalten, weil man ihre Geldsolidarität für richtiger hielt im Interesse der Schonung der Gewerkschaftskassen. Dieser geradezu höhere Blödsinn, den diese Bewegung der Eisenbahnarbeiter als Gesamtbild darstellte, erregte das sichtbarste Vergnügen der gesamten Bourgeoisie. Die bürgerliche Pressemeute hatte nichts, garnichts gegen den Eisenbahnarbeiterstreik einzuwenden. Was der „Schwere moralische Niederlage" der Reichsbahnverwaltung bezeichnet.

Wie eine Verhöhnung wirkt die Kundgebung der Eisenbahnerorganisationen, die wir folgend widergeben:

„Kundgebung der Eisenbahnerorganisationen.

Kollegen! Die Entscheidung über den Ausgang des Kampfes um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit ist gefallen. Der Schiedsspruch wurde am 19. März 1925 vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Organisationen bringen hiermit zum Ausdruck, daß sie sich in Beachtung der gesetzlichen Einrichtungen dieser Zwangseinigung fügen.

Hiermit fordern die Organisationen die streikenden Eisenbahner auf, sich

geschlossen und in würdiger Form

zum Dienstantritt zu melden. Nähere Anweisungen erteilen die zuständigen Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen.

Die Organisationen haben sich nach Kräften bemüht, durch Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn und vor dem Schlichter die erhobenen Forderungen zur vollen Durchführung zu bringen. Das scheiterte an der Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Der Schiedsspruch bringt nur einen

Teilerfolg auf materiellem Gebiet, aber einen vollen Erfolg in moralischer Hinsicht.

Nicht geschlagen und entehrt nehmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Sie können erhobenen Hauptes in die Betriebe zurückkehren, geleitet von der Sympathie aller rechtlich Denkenden.

Die ausgebrochenen Streiks sind damit beendet. Der Kampf für die materielle und soziale Besserstellung der Arbeitnehmer tritt nunmehr in ein anderes Stadium. Die Organisationen werden nicht ruhen und rasten, der ehrlichen Arbeit die gebührende Anerkennung zu erringen und zu sichern. Ihre Stärkung ist dazu Voraussetzung.

Deutscher Eisenbahnerverband. gez. Schellel.
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner. gez. Rimmele.
Allgemeiner Eisenbahnerverband. gez. Skarupke."

Der Aufruf spricht aus, worin die Ursache der Niederlage der proletarischen Klasse seit 1918 zu suchen ist. Die „Klassenkampfgewerkschaften" erklären ganz deutlich, daß sie sich den gesetzlichen Einrichtungen der kapitalistischen Republik fügen. Sie dokumentieren damit offen, daß sie ein Stück dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind.

Die Eisenbahner müssen, sowie das gesamte Proletariat, erkennen, daß es nicht ihre Aufgabe sein kann „moralische Siege" als Gruppe zu erringen um dadurch einem Beamtenheer von Angestellten eine gute bürgerliche Existenz zu sichern. Sie müssen erkennen, und daß ist nicht schwer, daß ein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit durch Gesetze nicht geschaffen werden kann. Es ist weiterhin Lüge, wenn von der Möglichkeit der Erringung des Achtstundentages gefaselt wird, ebenso von der Sicherstellung der Existenz des Proletariats als Klasse im Kapitalismus.

In der Klassengesellschaft des Kapitalismus gilt das Proletariat als der Profiterzeugende Faktor und nicht als Mensch. Die Gewerkschaften sind in dieses Profitsystem so hineingewachsen, wie die Laus in den Schorf. Sie wollen nur und können nur auf kapitalistischer gesetzlicher Grundlage regulierend, vermittelnd eingreifen. Sie wollen gefragt sein bei der Niederkrüttelung der zur Verzweiflung getriebenen proletarischen Sklavenbataillone. Sie leben davon. Das ist ihre Existenz. Und das ist das beschämende und schier unbegreifliche und noch nie dagewesene in der Menschheitsgeschichte, daß die modernen Sklaven ihre eigenen Henker direkt selbst bezahlen.

Diese so offen zu Tage tretende Tatsache wird mit allen Mitteln versucht zu vertuschen. Und, was den Gewerkschaftsbesitzern von der SPD. nicht gelingt, holen mit hysterischem Geschrei die Anwärter auf den Gewerkschaftsbesitz, die KPD. nach. Sie schieben den offenen und stets immer wieder notwendigen Verrat auf die schlechten Personen und nicht auf das System. Sie stellen sich dadurch theoretisch in Reih und Glied der vereinigten Konterrevolution. Praktisch hat es diesmal sogar schon der Freie Eisenbahnerverband, dieses pseudokommunistische Gewächs, getan.

Für die geschlagenen Eisenbahner heißt es, der Niederlage trotzig ins Gesicht zu sehen und endlich die Lehren aus diesem Kampf zu ziehen.

Was sie am Sonntag, den 15. März, in ihrer Versammlung erkannten und auch aussprachen, nämlich sich zur Klassenkampforganisation zusammenzuschließen in den Betrieben, muß geschehen. Die revolutionären Betriebsorganisationen sind die Klassenkampfwaffe des Proletariats. Ihr Ziel ist die Eroberung der Produktion und die Umgestaltung der Profitwirtschaft in die Bedarfswirtschaft. Frei von jeder berufsegoistischen Einstellung, frei von jeder bürgerlichen, gesetzlichen Bindung, sind sie in den Händen des klassenbewußten Proletariats die geschichtlich bedingte scharfe Waffe, mit der es möglich sein wird, das Proletariat für sein Klassenziel zur Tat aufzurufen und nicht nur moralisch zu siegen.

Der Zusammenschluß zu revolutionären Betriebsorganisationen bedingt naturnotwendig die Zerschlagung des „Dammes gegen die bolschewistische Flut", der Gewerkschaften. Die Lehre des Eisenbahnerstreiks muß in den Ruf münden:

„Heraus aus den Orgesch-Gewerkschaften! Schließt euch zusammen zu revolutionären Betriebsorganisationen, um die Voraussetzungen für die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats zu schaffen."

Präsidentenwahl

Der neue Wahlkampf um die Besetzung des Reichspräsidentensessels hat begonnen. Nach amerikanischem Muster, wie sich die bürgerlichen Zeitungen ausdrücken, wird dieser Rummel eingeleitet. Die gesämte Presse, von der bürgerlichen bis zur KPD, bemüht sich, den besten Kandidaten anzupreisen, der zum Leiter der Republik gewählt werden soll. Mit aller Macht das klingenden Beweises wird dieser Konkurrenzkampf geführt.

Die SPD. und die KPD. rollen den Streit auf, ob Ernst Thälmann oder Otto Braun der beste ist, der das Interesse des Proletariats als Reichspräsident vertritt.

Um was handelt es sich bei der Präsidentenwahl? Es muß nach den Bestimmungen der Weimarer Verfassung ein neues Oberhaupt des bürgerlichen Staates gewählt werden. Diese Frage ist für das Proletariat von prinzipieller Bedeutung, und keine Frage die sich auf diese oder jene Person des zu wählenden Reichspräsidenten bezieht, und ob die Person dieser oder jener Partei angehört.

Für das Proletariat wäre die Reichspräsidentenwahl eine Frage der Persönlichkeit oder der Parteizugehörigkeit nur in dem Falle, daß der Reichspräsident den Staatsapparat in den Dienst des Proletariats stellen könnte. Dieses kann er aber nicht, ganz gleich ob er auch ein Ernst Thälmann von der KPD. ist.

Die geschichtliche Erfahrung, sowie die jüngsten Erfahrungen des deutschen Proletariats selbst, zeigen das zur Genüge. Der bürgerliche Staat, mag er Republik oder Monarchie sein, hat die Aufgabe, die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse, das heißt die Ausbeutung des Proletariats zu sichern.

Seine Gestaltung entspricht diesen, seinen Aufgaben. Aus diesem Grunde kann er nicht vom Proletariat im eigenen Interesse ausgenutzt werden, um so weniger kann ihn eine Person (der Reichspräsident) in das Interesse des Proletariats stellen.

Die Präsidentschaft Eberts kann ein gutes Schulbeispiel für die sozialdemokratischen Arbeiter sein. Aus diesem haben sie zu erkennen, daß ein Reichspräsident nichts anderes ist als ein höherer Beamter des bürgerlichen Staates, das heißt, ein Tagelöhner der Bourgeoisie.

Die Erfahrungen an der sächsischen und thüringischen Arbeiter-Regierung der SPD. und KPD., — trotz, daß eine Regierung den Exekutiv-Apparat des bürgerlichen Staates besitzt, — sind treffende Beispiele für die SPD.- sowie KPD.-Arbeiter, die beweisen, daß mit dem bürgerlichen Staatsapparat nichts für das Proletariat und gegen die Bourgeoisie getan werden kann.

Darum ist die Reichspräsidentenwahl eine reine Angelegenheit der Bourgeoisie.

Es kann nicht die Aufgabe des Proletariats sein, einen Beamten, einen Tagelöhner für die Bourgeoisie zu wählen, auch nicht einen solchen aus den „eigenen Reihen", wie ihn die SPD. und die KPD. empfehlen. Darum heißt die Parole, aktiver Boykott der Wahl und Sammlung der Proletarier gegen den bürgerlichen Staat und für die proletarische Diktatur.

Der Weg des proletarischen Klassenkampfes ist nicht der Präsidentensessel, sondern die Zertrümmerung des bürgerlichen Staates, ganz gleich ob es eine Republik oder eine Monarchie ist, und den Aufbau der Räterepublik.

Es ist charakteristisch für die Prinzipienlosigkeit der KPD., wenn sie einerseits „treu" der Marxschen Staatslehre bleiben will, und gleichzeitig Herrn Ernst Thälmann, — „den einzigen werktätigen Kandidaten Deutschlands", — den Proletariern als Reichspräsident zur Wahl empfiehlt.

Auf der einen Seite sagt sie: „Ganz abgesehen davon, daß Braun so wenig wie Marx ein Arbeitervertreter ist, dem man auch nur den ehrlichen Willen zubilligen könnte, an der Stelle, wo er durch das Vertrauen der Arbeiter steht, sein Bestes für das Proletariat zu tun, ganz abgesehen davon, ist klar, daß der beste Arbeitervertreter an der Spitze dieses Staates nichts Ernsthaftes für die Arbeiterklasse tun könnte, wenn diese sich nicht anschickt, den ganzen Staat von Grund auf umzuwälzen. Die sogenannte demokratische Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen haben gezeigt, daß die Rechte der Weimarer Verfassung null und nichtig sind, sobald sie der Bourgeoisie gefährlich zu werden drohen. Würde z. B. der Vertreter der Kommunistischen Partei zum Präsidenten der Republik gewählt werden, die nächste Folge wäre, die Rebellion der monarchistischen Reichswehr und der Bürokratie, die sich gewiß weigern würden, dem Interesse des Proletariats zu dienen." (Das schreibt Herr Thälmann selbst in der „Roten Fahne" vom 18. März in Erinnerungen zur Pariser Kommune.)

Anderseits stellt die KPD. selbst einen Kandidaten für den Präsidentenstuhl auf, und ruft: **„Wählt Ernst Thälmann!"**

Das ist die Taktik der KPD.: revolutionäre Phrasen und opportunistische Tat. Was sie mit Worten dem Proletariat sagt, das vernichtet sie in ihrer Praxis. Statt zum Boykott dieser Wahl aufzurufen, was das Proletariat in direkten Gegensatz zum bürgerlichen Staat stellen würde, denn der Boykott ist der praktische Ausdruck dafür, ruft sie das Proletariat auf, ihren Kandidaten zu wählen, um damit den Glauben zu erwecken, daß es möglich wäre, den bürgerlichen Staat mit einem „richtigen Arbeiterpräsidenten" in den Dienst des Proletariats zu stellen.

Die KPD. kann nicht konsequent sein, weil das ein Begräbnis ihrer ganzen parlamentarischen Taktik bedeuten würde. — Die Aufgabe der Arbeiterklasse ist es aber, konsequent zu sein und den Weg zu gehen, den die geschichtliche Erfahrung ihm zeigt. — Konkret zu der Reichspräsidentenwahl ist dieser Weg Boykott derselben, und Sammlung der Kampfkraft gegen den bürgerlichen Staat.

*

Nach allen Erfahrungen mit der Ebertrepublik versucht die SPD. trotzdem mit dem Abschreckungsmittel der Monarchie die Arbeiterschaft für die Präsidentenwahl zu begeistern. Die prinzipielle Seite dieser Sache versucht sie zu verschleiern, indem sie von ihr eine taktische Frage macht. Sie stellt die Frage so, als ob es sich um den Kampf gegen die Monarchie handelte. In der Kandidatur Jarres, des Rechtsblocks, sieht sie den Steigbügelhalter derselben, und im Wahlkampf den Kampf um Republik oder Monarchie.

Wie ernst die SPD. in ihrer republikanischen Überzeugung ist, wie treu sie ihr war, und vielleicht jetzt noch ist, wollen wir hier nicht untersuchen. Viel wichtiger ist augenblicklich, die Unrichtigkeit ihrer Argumentationen für die Republik als proletarische Staatsform aufzuzeigen.

Es ist charakteristisch, daß der Kandidat des Rechtsblocks aus der Deutschen Volkspartei, der Partei der industriellen Großbourgeoisie, hervorgeht. Durch diese Tatsache tritt seine scheinbare nationale Gesinnung und die ihm vom „Vorwärts" anerkannten Verdienste in den Kämpfen gegen die Rote Armee in Duisburg in den Hintergrund.

Auch ist charakteristisch, daß sich dieser Kandidatur mit wenigen Ausnahmen, (unbedeutende Krautjunkerkreise und bayrische Separatisten) die übrigen Parteien des alten Regimes angeschlossen haben. Hierin kennzeichnet sich die politische Umwandlung Deutschlands. Die Ausgleichung zwischen den Interessen des Junkertums, — (ehemalige Junker, jetzige Agrarkapitalisten) — und den Industriekapitalisten, die schon lange als Tendenz existierte, hat sich nun vollständig vollzogen. Damit ist eine Stütze des alten monarchistischen Regimes verschwunden. Die andere Hauptstütze, das Militär und die Bürokratie, die Träger der Krautjunkertraditionen, ist durch die Ereignisse nach dem militärischen Zusammenbruch in ihrem politischen Einfluß auch zusammengebrochen.

Die Folge dieser Entwicklung ist die vollkommene Beherrschung des Staatsapparates durch die Großbourgeoisie. So erklärt sich, daß die Volkspartei, die Repräsentantan des Großkapitals, die erste Geige im Rechtsblock spielt.

Sie ist ihrer Natur nach nicht mehr eine Partei der alten Ordnung, sondern wirkt im Interesse des Profits und ist nicht von den Traditionen der Monarchie begeistert, die in manchen Kreisen des Rechtsblocks noch fortleben. Sie ist zu realistisch sich von monarchistischen Träumen leiten zu lassen. Wenn sie sich in jüngster Zeit wieder für die Monarchie aussprricht, so tut sie das aus denselben Gründen, aus denen sie sich ein wenig früher dagegen aussprach; d. h. aus taktisch politischen Gründen. Diese Einstellung hat augenblicklich den Zweck, den vernichteten Mittelstand, der glaubt, daß die Republik an seiner Vernichtung Schuld sei, für sich zu gewinnen. Die Propaganda der Monarchie dient also dem Rechtsblock nur zu politischen Geschäften.

Die Monarchie ändert an dem heutigen bürgerlichen Staat nicht mehr und nicht weniger, als daß die schwarz-rot-goldene Fahne durch eine schwarz-weiß-rote ersetzt wird.

Hieraus ist klar, daß es für das Proletariat nicht von Bedeutung ist, ob Deutschland eine Monarchie oder eine Republik ist, und ebenso ob das Proletariat unter einer französischen Republik oder einer englischen Monarchie ausgebeutet wird. Die ökonomische und politische Entwicklung hat längst die alten Phrasen der SPD.; daß die Republik der günstige Boden für die proletarische Befreiung ist, vernichtet. Daß die SPD. heute wieder die Republik für den günstigeren Boden des Klassenkampfes empfiehlt, trotzdem sie sonst so vor dem Klassenkampf schreckt, sind diplomatische Vorwände. In Wirklichkeit hat die Parole Kampf um die Republik den Zweck ihre Koalitionspolitik zu rechtfertigen.

Wie die schwarz-weiß-rote Fahne der Monarchie nur die politische Fahne der Großbourgeoisie ist, so ist im Gegensatz dazu die schwarz-rot-goldene Fahne der Republik die politische Fahne der Kleinbourgeoisie, vertreten in der SPD., der demokratischen Partei und dem Zentrum.

Es ist ohne weiteres klar, daß der Kampf zwischen den Kandidaten Marx und Hellpach und andererseits Jarres weniger ein Kampf um Monarchie oder Republik, als vielmehr ein Kampf zwischen Groß- und Kleinbourgeoisie ist, und die beiden Staatsformen und ihre politischen Fahnenfarben nur ein Deckmantel ist.

Die SPD., auf Grund ihres kleinbürgerlichen reformistischen Charakters, indem sie ganz und gär auf den revolutionären Massenkampf des Proletariats verzichtet, sich lediglich auf den Boden des Parlamentarismus stellt, kann ihre reformistische Politik nur in Koalition mit den kleinbürgerlichen Parteien führen, sonst verliert sie ihren Einfluß im politischen Leben auf das Proletariat. Die Parole für die Republik gegen die Monarchie gibt ihr die Möglichkeit ihre Koalition- und kleinbürgerliche Politik weiter zu kreditieren.

Die SPD. spielt mit ihrer ganzen Politik die Zutreiberin von proletarischen Massen für den Interessenkampf der Kleinbourgeoisie.

Der gesamte Parlamentarismus und die kommende Präsidentenwahl haben sich für das Proletariat als vollkommen illusionär erwiesen. **Die Frage heißt für das Proletariat nicht für den Präsidenten gegen den Monarchen, oder für die Republik gegen die Monarchie, sondern Kampf gegen den kapitalistischen Staat ganz gleich in welcher Form und Aufbau der Rätediktatur.**

Kommunistische Arbeiter-Partei : Allgemeine Arbeiter-Union : Kommunistische Arbeiter-Jugend

Oeffentliche Versammlungen

Mittwoch, den 25. März, abends 7 Uhr
Pharus-Säle, Müllerstraße 142.

Freitag, den 27. März, abends 7 Uhr
Boekers Festsäle, Weberstraße 17,
Hohenstaufen-Säle, Kottbuser Damm 76.

Thema:

Präsidentenwahl und die Stellung d. revolutionären Proletariats

Klassengenossen, Proletarier, erscheint in Massen!

Karl Marx und die proletarische Diktatur

(Zu seinem 42. Todestage.)

Die proletarische Partei ist der politische Ausdruck der Arbeiterbewegung, indem sie durch ihr Programm die Wege und Ziele des Proletariats aufzeigt. Sie wird umso wirksamer auftreten und ihre gestellte Aufgabe erfüllen können, je kräftiger sich ihre Grundlage entfaltet und je umfassender ihr Wirken wird. Karl Marx hat sich mit organisatorischen Fragen sehr stark beschäftigt und bekannt ist seine Stellung zu den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sollten sich nicht mit der Gegenwartsarbeit ausschließlich begnügen, sondern im Gegenteil, sie sollten zum Schwer- und Brennpunkt der aus den sozialen Umwälzungsprozeß entspringenden proletarischen Bestrebungen werden und somit die baldigste Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft hinarbeiten. Der wirksamste Hebel zur Erreichung dieses Zieles, ist nach Marx, die Ergreifung der politischen Macht. Mit ihrer Hilfe vollzieht das Proletariat bewußt die Umwandlung der kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft. Dieser Umwandlung „entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats." (Kritik des Gothaer Programms.) Diktatur des Proletariats.

Karl Marx hielt sich für den Urheber der Idee der proletarischen Diktatur. Im Jahre 1852 schrieb er an seinen Freund Weydemeyer nach New York: „Was mich betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft oder ihren Kampf untereinander entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen dargestellt. Was ich neu tat, war, nachzuweisen: 1. daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte, historische Entwicklungsstadien der Produktion gebunden sei. 2. daß der Klassenkampf zur Diktatur des Proletariats führe; daß diese Diktatur selbst nur den Uebergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bilde." (Neue Zeit XX, 2. S. 164.)

Die Grundlinien der Diktatur des Proletariats zog Marx schon im Kommunistischen Manifest (1847-48), als er schrieb: „Der erste Schritt in der Arbeiterrevolution ist die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich nur geschehen vermittels despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinausstreben und als Mittel der Umwälzung der ganzen Produktion unvermeidlich sind."

Die Diktatur ist also nach Marx ein Staat, in dem das Proletariat herrscht und durch seine Vertreter (wir würden sagen Arbeiterräte) die Aufgabe hat, den Sozialismus durchzuführen und eine klassenlose Gesellschaft, oder die, ökonomische Gleichheit herbeizuführen. Ob man eine derartige Errungenschaft „die Erkämpfung der Demokratie" nennen darf, wie es die Sozialdemokraten belieben, ist wohl ausgeschlossen. Marx hat sich hier wohl recht deutlich ausgedrückt. Ebenso beantwortet Marx die Frage: Wie hat sich aber die revolutionäre Arbeiterklasse zu verhalten, wenn in der Revolution revoltiert nicht sie, sondern die kleinbürgerlich und die bürgerlich-sozialreformerische Demokratie zur Herrschaft gelangt? Für diesen Fall gibt Marx folgende Anweisungen: „Sie muß ihr Interesse mit ihr, sowie der Kampf gegen sie. Er Keine Gemeinschaft mit ihr, sondern Kampf gegen sie. Er sagt (Ansprache an den Kommunistenbund, im März 1850); „Es versteht sich, daß bei den bevorstehenden blutigen Kämpfen, wie bei allen früheren, die Arbeiter durch ihren Mut, ihre Entschiedenheit und Aufopferung, hauptsächlich den Sieg werden zu erkämpfen haben. Wie bisher, werden auch in diesem Kampfe die Kleinbürger in Masse sich so lange wie möglich zaudern, unschlüssig und untätig verhalten, um dann, sobald der Sieg entschieden ist, ihn für sich in Beschlag zu nehmen, die Arbeiter zur Ruhe und Heimkehr an ihre Arbeit aufzufordern, sogenannte Exzesse zu verhüten und das Proletariat von den Früchten des Sieges auszuschließen. Es liegt nicht in der Macht der Arbeiter, den kleinbürgerlichen Demokraten dies zu verwehren, aber es liegt in ihrer Macht, ihnen das Aufkommen gegenüber dem bewaffneten Proletariat zu erschweren und ihnen solche Bedingungen zu diktieren, daß die Herrschaft der bürgerlichen Demokraten von vornherein den Keim des Unterganges in sich trägt und ihre weitere Verdrängung durch die Herrschaft des Proletariats bedeutend erleichtert wird. Die Arbeiter müssen dahin wirken, daß die unmittelbare revolutionäre Bewegung nicht sogleich nach dem Siege wieder unterdrückt wird. Sie müssen sie im Gegenteil so lange als möglich aufrechterhalten. Die Arbeiter müssen so während des Kampfes und nachdem eigene Forderungen aufstellen. Mit einem Worte: vom ersten Augenblicke des Sieges muß sich das Mißtrauen nicht mehr ausschließlich gegen die besiegte reaktionäre Partei, sondern auch gegen ihre ehemaligen Bundesgenossen, gegen die Partei richten, die den gemeinsamen Sieg allein exploitieren will."

Karl Marx kommt dann auf Bewaffnung der Arbeiter zu sprechen und sagt: „Ist aber dieser (Verratenden) Partei gegenübertreten zu können, müssen die Arbeiter bewaffnet und organisiert sein. Die Bewaffnung muß sofort durchgesetzt werden. Die Waffen und die Munition dürfen unter keinem Vorwand aus den Händen gegeben, jeder Entwaffnungsversuch muß nötigenfalls mit Gewalt vereitelt werden. Die Arbeiter dürfen sich durch das demokratische Gerede von Freiheit der Gemeinden, von Selbstregierung usw. nicht irre machen lassen... Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz!"

Die Arbeiterklasse darf jedoch von ihrem politischen Siege die sofortige Befreiung nicht erwarten. „Um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegensteht", muß sie „lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchmachen, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisiegesellschaft entwickelt haben." (in „Der Bürgerkrieg in Frankreich") Die Produktionsmittel werden vergesellschaftet, die Produktion wird auf genossenschaftliche Basis gestellt, der Schulunterricht wird mit produktiver Arbeit verbunden, um die Mitglieder der Gesellschaft in Produzente umzuwandeln. Solange die Uebergangsperiode andauert, kann das kommunistische Recht: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen" nicht sofort in Kraft treten. Dem diese Periode ist „in jeder Beziehung- ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet mit den Muttermalen der alten Gesellschaft" und „das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und ihr dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft" (Kritik des Gothaer Programms.)

Marx, der folgerichtig ökonomisch dachte und die Befreiung der Arbeiterklasse als höchstes Ziel ansah, dem alle anderen politischen und sozialen Bestrebungen untergeordnet sind, hat die Nation als wirtschaftliche, politische und geschichtliche Tatsache nicht verkannt — das zeigt das Kommunistische Manifest, wo die Schöpfung des Nationalstaates durch die Bourgeoisie angedeutet wird. Er spottete über die jungen Enthusiasten, die die Nation als ein veraltetes Vorurteil beiseite zu schieben gedachten (siehe „Marx-Engels-Briefwechsel" 3. Band, Seite 323), aber er hat doch die kulturell einengende Kraft des nationalen Gefühls erheblich unterschätzt. Er teilte die zivilisierte Menschheit in gegensätzliche Klassen und nahm an, daß die ökonomische Scheidungslinie sich als wirksamer erweisen mußte als die nationalen und politischen Grenzlinien. Er war deshalb durch und durch Internationalist. Marx verlangte, daß die nationalen Arbeiterparteien international handeln, sobald die Möglichkeit eines Sturzes der kapitalistischen Herrschaft gegeben ist. Dem ursprünglichen Gothaer Programm warf er vor, daß es „dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund die Phrase von der internationalen Völkerverbrüderung entlehnte", während es nötig gewesen sei, „die internationale Verbindung der Arbeiterklasse im gemeinschaftlichen Kampfe gegen die herrschenden Klassen und deren Regierungen" hervorzubeben.

Am Grabe von Karl Marx

Am 14. März, nachmittags ein Viertel vor drei, hat der größte lebende Denker aufgehört zu denken. Kaum zwei Minuten allein gelassen, fanden wir ihn beim Eintreten in seinem Sessel ruhig entschlummert — aber für immer.

Was das klampfende europäische und amerikanische Proletariat, was die historische Wissenschaft an diesem Manne verloren haben, das ist gar nicht zu ermessen. Bald genug wird sich die Lücke fühlbar machen, die der Tod dieses Gewaltigen gerissen hat.

Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Ueberwucherungen verdeckte Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel, und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen — nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.

Damit nicht genug. Marx entdeckte auch das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft. Mit der Entdeckung des Mehrwerts war hier plötzlich Licht in Dunkel schon verirrt haben.

Zwei solcher Entdeckungen sollten für ein Leben genügen. Glücklich schon der, dem es vergönnt ist, nur eine solche zu machen. Aber auf jedem einzelnen Gebiete, das Marx der Untersuchung unterwarf, und dieser Gebiete waren sehr viele, und keins hat er bloß flüchtig berührt — auf jedem, selbst auf dem der Mathematik, hat er selbständige Entdeckungen gemacht.

So war der Mann der Wissenschaft. Aber das war noch lange nicht der halbe Mann. Die Wissenschaft war für Marx eine geschichtlich bewegende, eine revolutionäre Kraft. So eine reine Freude er haben konnte an einer neuen Entdeckung in irgend einer theoretischen Wissenschaft, deren praktische Wirkung vielleicht noch gar nicht abzusehen — eine ganz andere Freude empfand er, wenn es sich um eine Entdeckung handelte, die sofort revolutionär eingriff in die Industrie, in die geschichtliche Entwicklung überhaupt. So hat er die Entwicklung der Entdeckungen auf dem Gebiete der Elektrizität, und zuletzt noch die von Marc Deprez, genau verfolgt.

Denn Marx war vor allem Revolutionär. Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, dem er zuerst das Bewußtsein seiner eigenen Bedingungen seiner Emanzipiert hatte — dies war sein wirklicher Lebensberuf. Der Kampf war sein Element. Und er hat gekämpft mit edler Leidenschaft, einer Zähigkeit, einem Erfolg wie wenige. Erste Rheinische Zeitung 1842, Pariser Vorwärts 1844, Brüsseler Deutsche Zeitung 1847, Neue Rheinische Zeitung 1848 bis 1849, New York Tribune 1852 bis 1861 — dazu die große Internationale, alle Pfaffen und bürgerlichen Politikanten, alle, die etwas zu verlieren haben in dieser Profitordnung, Stinnes und Konsorten, lobten den „größten" Sozialdemokraten, lobten Ebert, als er das Zeitliche gesegnet hatte . . . Und die Sozialdemokratie, und der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin der Sozialdemokraten schämte sich nicht im geringsten, dieses Lob der . . . Gegner . . . anzunehmen.

Doch wir sehen ein, daß unsere Ueberschrift falsch ist. Die deutschen Bajazzos brauchen sich nicht zu schämen, denn sie sind ja mit ein Stück dieser Profitordre. Der Hanswurst gehört nun mal zur Tafelrunde, die von der Masse Volk noch immer umlagert wird. Und oft leistet er neben der Unterhaltung auch wichtige, sehr wichtige Arbeit für die Fresser und Säufer beim Volk draußen, indem er durch allerlei Kurzweil das Volk ablenkt und zur baldigen Nachtruhe bewegt. Etliche Brosamen, sogenannte soziale Reformen, retten in schwierigeren Situationen die ganze Rasselbande von Prassern und Schwelgern von dem überrannt- und vertilgt werden durch die Masse Volk.

Darum nicht Bezirksvorstand, schäme Dich, sondern Proletarier, schämt euch, daß ihr diesen Hanswursten noch immer nachlauft, die sogar jetzt durch noch radikalere Narren aus dem Osten Zuwachs erhalten haben. Doch die Mahnung ist nur für äußere Plünder, ihre Melodien stimmen alle überein auf den Refrain:

Hinein in die Gewerkschaften!
d. h.: Hinein in die Orgeschironi!
Proletarier, schämt euch!

Politische Rundschau

Was die „Rote Fahne" nicht bringt

Die „Welt am Abend" ist bekanntlich von der KPD. darum ins Leben gerufen, um die den Parteizeitungen abgeneigten kleinbürgerlichen Schichten von hinten herum mit 'nem bißchen Schmuß für den russischen „Kommunismus" zu interessieren. Während die „Rote Fahne" dauernd brüllt: „Rußland erkennt die französischen zaristischen Schulden nicht an", gibt uns die liebe „Welt am Abend" vom 19. März in folgenden Zeilen den scheinbaren Grund dafür an:

„Der russische Botschafter in Paris, Krassin, erklärte einem Vertreter des „Journal" zur Frage der Regelung der russischen Schulden an Frankreich, es sei Rußland nicht möglich, die zarristischen Schulden en bloc anzuerkennen, da dies die öffentliche Meinung Rußlands nicht zulassen würde."

Dieses ist natürlich auch Unsinn. In Wirklichkeit ist das russische Kapital zu allem bereit und muß es sein, wenn es nur in den Weltmarkt gelangen kann. Dieses kann es nur mit Hilfe anderer kapitalistischer Staatenzbilde. Kredite auf lange Sicht braucht die russische kapitalistische Wirtschaft und wer die gibt, hat von den Beauftragten des russischen Kapitals, den Bolschewiki, alles zu erwarten. Alles andere was die Bolschewiki in die Welt setzen in ihren gehorsamen Sektionsblättern ist Bluff.

Bajazzos, schämt euch!

Die deutschen Kleinbürger fühlen sich wohl als Hanswurste und Possenreißer. Und ihr proletarischer Anhang denkt sich scheinbar nichts dabei, wenn im „Vorwärts" vom 18. März, Abendausgabe, steht, daß man der Märzgefallenen von 1848 gedacht hat und sogar der Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen Kranz schickte mit folgendem Spruch:

Willst für die Freiheit Du tapfer Dich schlagen,
Zuerst dann mit kleinlichem Vorurteil brich,
Frage nicht viel, was die Gegner sagen,
Und wenn sie Dich loben, dann schäme Dich!

Ja, was ist denn eigentlich los? Hundsfott-Groener, Hindenburg, alle Pfaffen und bürgerlichen Politikanten, alle, die etwas zu verlieren haben in dieser Profitordnung, Stinnes und Konsorten, lobten den „größten" Sozialdemokraten, lobten Ebert, als er das Zeitliche gesegnet hatte . . . Und die Sozialdemokratie, und der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin der Sozialdemokraten schämte sich nicht im geringsten, dieses Lob der . . . Gegner . . . anzunehmen.

Doch wir sehen ein, daß unsere Ueberschrift falsch ist. Die deutschen Bajazzos brauchen sich nicht zu schämen, denn sie sind ja mit ein Stück dieser Profitordre. Der Hanswurst gehört nun mal zur Tafelrunde, die von der Masse Volk noch immer umlagert wird. Und oft leistet er neben der Unterhaltung auch wichtige, sehr wichtige Arbeit für die Fresser und Säufer beim Volk draußen, indem er durch allerlei Kurzweil das Volk ablenkt und zur baldigen Nachtruhe bewegt. Etliche Brosamen, sogenannte soziale Reformen, retten in schwierigeren Situationen die ganze Rasselbande von Prassern und Schwelgern von dem überrannt- und vertilgt werden durch die Masse Volk.

Darum nicht Bezirksvorstand, schäme Dich, sondern Proletarier, schämt euch, daß ihr diesen Hanswursten noch immer nachlauft, die sogar jetzt durch noch radikalere Narren aus dem Osten Zuwachs erhalten haben. Doch die Mahnung ist nur für äußere Plünder, ihre Melodien stimmen alle überein auf den Refrain:

Hinein in die Gewerkschaften!
d. h.: Hinein in die Orgeschironi!
Proletarier, schämt euch!

Wahrheiten aus „Sowjet"-Rußland

Enthüllungen eines Mitgliedes der zentralen Kontrollkommission der russisch. Kommunistischen Partei P. Nossow.

(Aus der „Prawda", Nr. 46, vom 25. Februar 1925.)

„Laut Beschluß des Organisationsbüros des Zentralkomitees unserer Partei vom Dezember v. Js., wird in einigen Bezirken der Republik eine Ueberprüfung der personellen Zusammensetzung und Arbeit der Dorfzellen durchgeführt.

Auf meinen Teil fiel der Kreis Borisoglebsk, Gouvernement Tambow. Bis jetzt haben wir einen großen Teil der Zellen überprüft. Auch wurde der Sowjetapparat in 7 Gemeinden untersucht.

Es wurde im allgemeinen ein gänzlich unzulänglicher Zustand sowohl der Parteiorganisation wie auch des Regierungsapparates aufgedeckt: Besonders unbefriedigend sind ihre Beziehungen zu den Bauernmassen. Das ist vor allem damit zu erklären, daß Parteiorganisation und Regierungsapparat sehr oft von Leuten geleitet werden, die nicht im Mindesten das Vertrauen der Bauernschaft besitzen und mit ihren „Leistungen" die Autorität der Sowjetmacht und der kommunistischen Partei untergraben.

Hier einige Beispiele:

Im Dorfe Masurkach, Gemeinde Peskow, war eine Parteizelle von 3 Mann: einer war Vorsitzender des Dorfsowjets, der zweite war Vorsitzender des EPO (er war auch Sekretär der Zelle) und der dritte war Vorsitzender der Gesellschaft für gegenseitige Hilfen. Arbeit leisteten diese Kommunisten nicht: sie soffen und skandalierten vor allen Menschen, die Bauern behandelten sie außerordentlich grob. Es kommt vor, daß von ihnen Einwohner verprügelt werden. Nicht nur einmal haben die Bauern die betrunkene Behörde auf der Straße „aufgestöbert, haben ihnen die Steuergelder, die sie in Aufbewahrung hatten, abgenommen, um der nochmaligen Steuereinziehung zu entgehen (das wird hier oft praktiziert).

Die Bauern konnten die bestehende Situation nicht ändern, da sie eingeschüchtert waren. Der Gemeinderat, wie auch dessen Vollziehungsrat, haben die „Tätigkeit" der erwähnten „Arbeiter" nicht bemerkt" und keine Maßnahmen ergriffen.

Im Dorfe Peski selbst wohnte in nächster Nähe des Gemeinderates und dessen Vollzugsrates der Vorsitzende der Dorfsowjets, „Kommunist" Ewtejew, bekannt durch seine bestialischen Ausschreitungen gegen die Bevölkerung.

Dieser „Kommunist" versetzte bei der Einsammlung von Lumpen als Steuer einer schwangeren Frau einen solchen Stoß, daß sofort eine Frühgeburt eintrat. Im Jahre 1922 hat er unter bestialischen Mißhandlungen einen Mann namens Alimow getötet. Alle diese Fälle wie auch viele andere sind für Ewtejew straflos geblieben.

In demselben Dorfe hat ein Polizist während der Abwesenheit der Untersuchungskommission einen alten Bauer, den Eigentümer einer Wohnung, um ein Haar mit der Axt erschlagen, weil derselbe den Polizisten bat, im Hause weniger Radau zu machen.

Im Dorfe Kuljabowka, Gemeinde Mutschkapsk, ist dasselbe Bild wie in Masukach. Die Zelle besteht aus 4 „Chefs". Ebensolche Sauferei. Aber hier ist das Bauerntum aktiver, denn die Bauern haben den Kommunisten selbst die Rippen zerbrochen und sie auf diese Weise in die Schranken gewiesen. Die Kontrollkommission wurde hier, nach den Aussprüchen der Bauern wie ein Messias erwartet. In einer zahlreich besuchten Versammlung erklärten die Bauern einstimmig, daß die Kommunisten des Ortes die verworfensten Subjekte im Dorfe seien, nämlich Säufer und Erpresser, die jeden beim Kragen nehmen, der ihnen keinen selbst gebrannten Schnaps zustellt.

Die Kontrollkommission hat die masurischen und kuljabowschen Zellen vollständig aus der Partei ausgeschlossen.

Im Dorfe Mutschkan wurden im Gemeindevollzugsrat öfters Saufgelage gehalten und keiner wird dafür bestraft, ausgenommen der ehemalige Vorsitzende des Gemeindevollzugsrats „Kommunist" Kaschtschejew, der zur Arbeit nach Borsoglebsk versetzt worden ist und nun hier fortdauernd bummelt, indem er mehrere Tage hintereinander überhaupt nicht zur Arbeit erscheint. Von Zeit zu Zeit kommt er nach Mutschkap und macht dort solchen Unsinn, daß die ganze Bevölkerung tief empört ist. Mit staatlichen Pferden fährt er im betrunkenen Zustande umher und besucht alle Kneipen und Faustkämpfe, was hier an diesen Orten als die beste Zerstreuung angesehen wird. Die Bauern verachten ihn und wundern sich, wie die Behörden solche Leute zur Macht kommen lassen können: „er ist viel schlimmer als die ehemaligen zaristischen Polizeikommissare", sagen sie. Und wie viele Verbrechen hat er in seiner Stellung als Vorsitzender des Gemeindevollzugsrat begangen.

Man muß betonen, daß das Kreiskomitee keinen entschlossenen Kampf zegen solche Erscheinungen führt und geschlossen Kampf gegen solche Erscheinungen führt und geführt hat. Bei unserer Ankunft haben sich hunderte von Fällen von Vergehen der Parteimitglieder erwiesen, die nicht vom Kreiskomitee untersucht worden sind.

Im Dorfe Uwarowo, derselben Gemeinde, säuft der Vorsitzende des Dorfsowjets Dikan in einem fort selbstgebrannten Schnaps. Die Bauern sagen von ihm: „Wenn man von ihm auch keinen Nutzen hat, so tut er doch, Gott sei Dank, auch keinen Schaden. Soll es zur Not Nutzen." Dies weist darauffhin, daß die Regierungsgewalt im Dorfe keine Autorität besitzt, und daß die Bauern von ihr keinen Nutzen erwarten und sich schon mit ihrer Unschädlichkeit begnügen.

Von sieben untersuchten Gemeinden weisen fünf den Zerfall des Genossenschaftswesens nur deshalb auf, weil die Kommunisten das Vermögen der Genossenschaften verschleudert oder richtiger verworfen haben. Große Veruntreuungen von Geldern und Saatgelage von „Genossenschaftern" sind offenbar geworden.

Die Bauern beurteilen gewöhnlich die Sowjetmacht nach den Handlungen der örtlichen Behörden. Und nun ist das Peinlichste, daß die Gemeinde- und Kreisorgane oft infolge Unkenntnis die untersten „Arbeiter" unterstützen und damit den Bauern die Möglichkeit geben, in ihr Person der Dorf-, Gemeinde- und Kreisbehörden den Vertreter der Einheitsfront zegen die Bauern zu sehen.

Eine Kritik der Handlungen von Regierungsvertretern führt oft zu Verfolgungen der Bauern und zum Verlust des Stimmrechts. Die Lust, anzutreten oder Versammlungen zu besuchen, verschwindet bei den Bauern gänzlich. An den vorigen Wahlen haben sich in vielen Gemeinden noch weniger als 30 v. H. der Wahlberechtigten beteiligt. Eine massenhafte Entziehung des Wahlrechts verfolgte hier das Ziel, die Leute nicht nur mundtot zu machen, sondern auch den Etat zu verbessern, da von jedem, dem das Wahlrecht entzogen ist, eine Steuer in Höhe von 12 Rubeln erhoben wurde.

Die örtlichen „Staatsmänner" gehen bisweilen so weit, daß sie 20 v. H. aller Wähler des Wahlrechts berauben. Hierher gehört zugleich die Bemerkung, daß das Kreisvollzugskomitee den Gemeindevollzugskomitees empfohlen hat, nicht weniger als 15 v. H. von den Wahlberechtigten das Wahlrecht zu entziehen.

An den von uns einberufenen Versammlungen nahmen in den meisten Fällen mehr als 1000 Menschen teil. Die Bauern erklärten, daß sie sehr viel über ungesetzliche Handlungen der Regierungsvertreter berichten könnten, daß sie aber die Furcht vor der Rache davon zurückhielte.

Um die bestehenden Verhältnisse im Dorfe zu ändern, ist es in erster Linie notwendig, den Sowjetapparat und die Parteiorganisation des Dorfes von unlauterlichen Elementen zu säubern. **Zu diesem Zwecke ist es unseres Erachtens nötig, im ganzen (!) Sowjetbunde eine Kontrolle durchzuführen.** Ferner ist notwendig, die Verantwortungslosigkeit auszumerzen und zu erreichen, daß der Bauer sieht, daß es ein Recht gibt, das ihn vor Willkür schützt. Bis jetzt war es so, daß wenn die Sache sich bis kurz vor die Amnestie hingezogen hatte, sie auch eingestellt wurde — und die Willkür begann wie vorher zu blühen.

Die Parteifunktionäre im Dorfe dürfen auf keinen Fall mit Gewalt auf die Bauern einwirken. In der B.-Alabuchischen Gemeinde stießen wir auf folgende Tatsache: zwecks beschleunigter Einziehung der Steuern wurde die Aktion nachts ausgeführt. Das rief einen panischen Schrecken unter der Bevölkerung hervor. Unheimlich wirkt es auf die Stimmung der Bauern, wenn sie ohne jeden Grund als Konterrevolutionäre bezeichnet werden. In manchen Gemeinden herrscht unter den örtlichen Parteifunktionären die Meinung, daß die Bevölkerung ihres Ortes zu 98 v. H. aus Konterrevolutionären bestehe — und daraus entsteht die verkehrte Inangriffnahme der Arbeit und als Folge davon die Unzufriedenheit der Bauern.

Noch ein gewaltiges Minus der örtlichen Arbeit. Der Vorsitzende des Vollzugskomitees und manchmal auch dessen Sekretäre, beschäftigen sich sehr oft mit Kleinigkeiten, laufen hin und her, ziehen selbst Steuern ein, untersuchen die Handtaschen der Bauern usw. usw. So bleibt keine Zeit für die Leitung des ganzen Apparates übrig. Und die Hauptsache, ein solcher Vorsitzender verliert seine Autorität. Der Bauer wenden, der selbst bei ihm wegen Nichtbezahlung der Steuern das V

Tagung der satten Philister

Am 18. März tagten gemeinsam im Herrenhaus die Vorstände vom ADGB., Afa- und ADB. Folgend geben wir etliche markante Stellen dieser Herren vom Generalstabe der Gewerkschaften wieder:

„Bereits im Jahre 1920 haben ADGB. und AfA. dieselben Forderungen zur Wohnungswirtschaft aufgestellt, wie sie die heutige Kundgebung aufstellt.

In den Jahren, die dazwischen liegen, ist aber nichts auf diesem Gebiet geschehen — weil es an vorstoßender Arbeit der Gewerkschaften gefehlt hat." (Falkenberg, Vorsitzender des ADB.)

„Die Wirtschaftskapitäne der konzernierten Industrie haben bereits die entscheidenden Teile des Staatsapparates an sich gerissen und wenn es so weiter geht, werden sie die ganze Staatsmacht monopolisieren. Wir haben lange es nicht verstanden, den Etappenmarsch der Feinde rechtzeitig zu begreifen und aufzuhalten." (Falkenberg im Schlußwort am 18. März.)

„So wie die Lage heute ist, können wir, wenn wir wollen, die Massen draußen heute einmütig kämpfen sehen, und wenn wir sie rufen, dann werden wir den uneingeschränkten und unverfälschten Achtstundentag in Stadt und Land für Arbeiter, Angestellte und Beamte ohne Ausnahme erzwingen." (Dillmann, Vorstand des DMV.)

„Wenn die Regierung die Gewerkschaften zwingt, dann werden in dieser Frage alle drei Säulen sich in Bewegung setzen — und die mächtige, unverbrauchte, scharfgeschliffene Waffe des (fällt nicht in Ohnmacht!!) — Volksentscheids schwingen." (Aufhäuser, Vorsitzender des Afa-Bundes.)

„Es gilt wieder von neuem den Kampf aufzunehmen für die soziale Gerechtigkeit, für gleiches Recht im Staate, für die Republik." (Leipert, Vorsitzender des ADGB. in der Eröffnungsrede.)

„Schließlich kommt doch alles so, wie es die Gewerkschaften wünschen, nur etwas später. So war es mit der Sachwerterfassung, mit der Stabilisierung, mit dem Dawes-Gutachten usw." (Dr. Firman vom Butab).

Der „Vorwärts" behauptet nun am 21. März, daß dieser Dr. folgendes gesagt hat:

„Schließlich werden die Vorschläge der Gewerkschaften durchgeführt, nur ins kapitalistische verzerrt. So war es mit der Sachwerterfassung, mit der Stabilisierung, mit dem Dawes-Gutachten usw."

Was unseres Erachtens nach, tatsächlich dasselbe ist; denn im Kapitalismus werden alle „sozialistischen" Vorschläge sogar von „Sozialisten" nur kapitalistisch gelöst werden können.

Die „Rote Fahne" vom 20. März sagt zu allem:

„Mit diesem Generalstab wird die Arbeiterklasse Deutschlands niemals siegen, sich niemals befreien können."

Sie will damit sagen, daß an Stelle von Leipart und Konsorten, um nur einen herauszugreifen, der Mobiter Turbinen-König nebst Konsorten zu treten haben. Sie vergißt aber dabei zu erklären, daß bis dahin schließlich der Planet Erde nicht mehr existiert; denn wenn die Gewerkschaften zu erobern gingen als Stück des kapitalistischen Staates, dann wäre auch der bürgerliche Staat mit dem Stimmzettel zu erobern und der Sozialismus, sowie ihn Ebert und Konsorten denken, möglich.

Dies sollten auch endlich die Proletarier der KPD. erkennen und dann auch die organisatorischen Schlußfolgerungen daraus ziehen.

Order für die Gewerkschaften als Retter dieses Staates

Der Große Ausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in seiner letzten Sitzung grundsätzlich seine Stellung zur gegenwärtigen Lage festgelegt und hierbei folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Wie sich schon äußerlich aus dem Steigen der Arbeitslosenzahl (seit November 1924 um 40 v. H.) ergibt, ist gegenwärtig die Lage der deutschen Wirtschaft überaus ungünstig. Der innenmarkt ist in seiner Kaufkraft außerordentlich geschwächt. Die Ausfuhr hat immer noch erst nur etwa 50—60 v. H. des Vorkriegsausfuhrwertes und der Einfuhrüberschuß hat im Januar die unerhörte Höhe von 600 Millionen erreicht. Nicht nur auf dem Weltmarkte, von dem wir zum großen Teil verdrängt sind, sondern sogar im Inlandsmarkt gewinnt die ausländische Konkurrenz Boden und verschlechtert unsere Handelsbilanz. Bei solcher Wirtschaftslage ist eine Erhöhung des gesamten Lohnniveaus untragbar und der Versuch, der Wirtschaft weitere Lohnerhöhungen aufzuzwingen, würde für die Gesamtheit unseres Volkes die schon jetzt vorhandenen Gefahren noch steigern. Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit müssen dann die Folge weiterer Lohnerhöhungen sein. Die Industrie ist an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Für ihre Preiskalkulation sind durch die erheblich verringerte Nachfrage im Inlandsmarkt als Folge der Geldknappheit und durch die zunehmende Konkurrenz des Auslandes, die Grenzen gezogen. Es würde also jede Ueberschreitung der Preisgrenze zu einem Rückgang des Absatzes im Ausland und zu fortschreitender Verminderung der Inlandskaufkraft zu neuen Betriebseinschränkungen und Arbeitslosigkeit führen. Eine Hebung der Inlandskaufkraft ist bei der heutigen Wirtschaftslage nicht durch Hinaufreihen des Nominallohnes mit gleichzeitig verlangter Arbeitszeitverkürzung, sondern nur durch größte Vorsicht in der Kalkulation und Sparsamkeit im Konsum, durch höchste Arbeitsleistung mit Steigerung und Verbilligung der Produktion und die nur so zu ermöglichende Bildung neuen Kapitals zu erreichen.

Wie hoch die Gewerkschaftsbesitzer nach wie vor eingeschätzt werden beweist die „DAZ." vom 19. März, indem sie schreibt zur Tagung der satten Philister:

„Die Referate (auf der Tagung des ADGB.) über Fragen der reinen Arbeiterbewegung ließen erkennen, daß eine verantwortungsbewußte Mitarbeit an der Gestaltung der Arbeiterverhältnisse und der Arbeiterbedingungen sehr wohl möglich und erwünscht sein muß. Niemand kann verkennen, daß sich in den Führerkreisen der Gewerkschaften Kräfte regen, die gerade das Bürgertum am wenigsten ausschalten kann und darf."

Also, die Gewerkschaften haben ihre Order und zugleich bereitet man systematisch die neue Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften vor. Während die erste aus Furcht vor der akuten proletarischen Revolution noch etwas auf den Schein der Gleichberechtigung legte, wird die neue Zwangsgeburt schon etwas häßlicher für die Proletarier aussehen und die Gleichberechtigung nur noch im Fressen und Saufen der Herren Generalstäbler bedeuten. Die KPD. vom dauernden russischen Hunger befallen, brüllt darum auch wie ein wilder Stier: „Hinein, hinein in die Gewerkschaften."

Marx hat endlich die Nase voll

Bekanntlich wurde am 7. Dezember in Preußen gleich die Abgeordnetenwahl mit erledigt. Während im Reich Schwerindustrie und Junker sich schön im Luther-Kabinett vereinigten und den Widerstand der Koalitionsbrüder von Weimar überwinden konnten, ist dies in Preußen nicht so leicht möglich. Marx scheitert immer wieder mit seiner Regierungsbildung bei den Rechten und ein reines Beamtenkabinett scheitert bei den Linken.

Was nun? Auflösung!?

Achtung! Achtung!

Noch einige komplette

Jahrgänge 1924

der

Kommunistischen Arbeiter-Zeitung

400 Seiten stark, in tadellosem Einband zum Vorzugspreise von

10 Mark

zu haben. — Porto und Verpackung zu Lasten des Empfängers.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur und Antiquariat Berlin O 17, Warschauer Str. 49

Es hat bald den Anschein, als wenn der preußische Michel nochmals wählen soll, damit er der Rumfutsch vom 7. Dezember korrigiert. Doch vorher soll erst noch der Staatsgerichtshof angerufen werden, um zu untersuchen, ob es nicht rechtlich noch einen anderen Ausweg gibt. Marx hat die Nase voll, wann wird sie mal der Michel voll haben?

Wähle! Wähle! Wähle!

Aus der Bewegung

Streikversammlung der Berliner Eisenbahnarbeiter

Am Sonntag, den 15. März, fand in dem Schweizergarten eine von der Streikleitung einberufene Streikversammlung statt. Vorerst sei vermerkt, daß sich die Streikleitung aus Vertretern aller vorhandenen Eisenbahnerorganisationen zusammensetzte. (Auch freier Eisenbahnerverband, „Kommunisten".) Eine „Einheitsfront" der Eisenbahnarbeiter hatte man also geschaffen. Für 9 Uhr war der Beginn der Versammlung angesetzt, aber schon um 9 Uhr war es kaum möglich, noch Einlaß in den Saal zu finden. Die streikenden Eisenbahner waren fast restlos erschienen, um nun zu erfahren, was wohl geschehen solle. Kurz nach 9 Uhr wurde nun von der Streikleitung die Versammlung eröffnet. Tagesordnung: Bericht und Stand der Streiklage.

Bezirksvorsitzender Dreßel vom Deutschen Eisenbahnerverband, gab im Auftrage der Streikleitung nun den Bericht. In einem fast zweistündigen Referat führte Dreßel folgendes aus:

Unsere Streiklage können wir vergleichen mit einem Beispiel aus dem Weltkrieg. So wie man während des Krieges einen Waffenstillstand schloß, um nach genauem Ueberschauen der Dinge wieder gerüstet dazustehen, ist auch augenblicklich unser Streik zu betrachten.

Wir als Streikleitung und auch als Organisationsvertreter wissen augenblicklich nicht, was im Moment zu tun ist. Der gefällte Schiedsspruch ist für uns Streikende unannehmbar. Der Schiedsspruch ist ja deshalb schon unannehmbar, weil er statt Verbesserungen sogar noch Verschlechterungen uns auferlegt. Verschlechterung in der Form, daß das Arbeitszeit- und Lohnabkommen bis 1. Oktober unkündbar ist. Wenn Dreßel im ersten Teil seiner Ausführungen für den Streik sich aussprach, so gab er im zweiten Teil mit demselben Atemzug den Streikenden kund, daß etwas Positives der Streik uns wohl kaum bringen wird. Positives hat uns der Streik nur in der Richtung gegeben, daß wir sehen konnten, wer Freund und Feind der Eisenbahner ist. Bezeichnenderweise führte Dreßel noch etwas sehr Charakteristisches aus. Auf Grund der wirtschaftlichen Lage kann uns ja die Reichsbahnverwaltung zurückst unsere Forderungen bewilligen, sie kann und wird uns nichts geben! Wenn wir auch weiter nichts bezweckt haben, so haben wir aber erreicht, daß die Hauptverwaltung mit uns verhandelt. Ohne diesen Streik hätte die Reichsbahnverwaltung nicht mehr mit unseren Organisationen verhandelt. Noch am Schluß gab Dreßel einige heitere Zoten über die Tätigkeit der Streikbrecher. Berichtete, daß die Streikbrecher mehr vernichten, als was sie an Arbeit leisten. Eine allgemeine Heiterkeit löste dieses bei den Streikenden aus. Dreßels Referat war ein allgemeines Durcheinander, er scheute sich auch gar nicht, von der Diktatur und von der Beseitigung des Kapitals zu sprechen. Dreßel gebärdet sich als Radikaler, um dadurch den wirklichen Verrat zu verschleiern. Es folgte nun die Diskussion.

Als einige Diskussionsredner gesprochen hatten, kam der sogenannte geschäftsordnungsmäßige Antrag auf Schluß der Diskussion. Ein Genosse von der Allg. A. U. sprach gegen den Antrag, auf Grund dessen wurde der Antrag fast einstimmig abgelehnt. Ein Vertreter und Sprecher der Hirsch-Dunker'schen Eisenbahnergewerkschaft sprach sich für die Notwendigkeit einer einheitlichen Klassenorganisation aus. Mit einem Antrag, der besagt, daß die Versammlung je 2 Vertreter der einzelnen Organisationen zu wählen habe, damit die organisatorischen Vorarbeiten sofort aufgenommen werden schieden, um sich, kam er zum Schluß.

Nun erhielt das Wort ein Genosse von der AAU. Unser Genosse zeigte an Hand der Rede Dreßels die enthaltenen Widersprüche auf. Die Gewerkschaften sind für den friedlichen Wirtschaftsgang, Wiederaufbau und für die Durchführung des Dawesplanes. Wenn man auf der einen Seite sich für den Wiederaufbau verpflichtet hat, so kann man nicht auf der anderen Seite den Streik der Eisenbahner gutheißen. Den Streik führt man nur, um ihn in das sogenannte richtige Fahrwasser zu leiten. Unser Genosse schilderte auch, daß von seiten der einzelnen Eisenbahnerorganisationen sowie von der Streikleitung eine bestimmte Parole nie und nimmer kommen wird. Erst frei machen von der alten Ideologie und Schaffung einer neuen Waffe: Betriebsorganisation wird uns etwas Positives bringen. Mit den Worten Kollegen! Nehmt Eure Bewegung selbst in die Hand! schloß unser Genosse.

Mit Begeisterung nahmen die Eisenbahner die Worte unseres Genossen entgegen. Nachdem noch einige Redner sich für die Erweiterung des Kampfes aussprachen, kam man zum Schluß der Diskussion. Anträge und Resolutionen, die besagten, daß der Generalstreik zu proklamieren sei, wurden genügend eingebracht. Nun erhielt Dreßel das Schlußwort. Trotzdem der Genosse von der AAU. scharf die Ausführungen Dreßels zerpflückte und den Verrat der Gewerkschaften aufzeigte, ging Dreßel garnicht darauf ein. Kollegen! hört nur auf Parolen, die von der Streikleitung oder von den maßgebenden Organisationen gegeben werden. Auf diese Ausführungen legte Dreßel Hauptgewicht. Alles andere ist Zerreißung unserer einheitlichen Front. Sollten auch einzelne Kollegen auf der Strecke bleiben, so haben wir doch einen moralischen Sieg davongetragen. Nachdem man die einzelnen Resolutionen und Anträge betr. Generalstreik einstimmig angenommen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Proletarier! Zieht auch aus diesem Streik eure Lehren, zerschlagt die alten Fundamente und schafft Betriebsorganisationen. Die Betriebsorganisation ist die Organisation der revolutionären Arbeiterklasse.

Ausland

Skandinavischer Brief

SCHWEDEN.

Die schwedische Arbeiterschaft steht in harten Lohnkämpfen. Die Moskauer agitieren für Ausdehnung der Kämpfe und propagieren gemäß Anweisung der R.G.I. an die skandin. K.P.'en für Generalstreik. Es geht hier wie überall, um ein Stückchen Brot mehr, daß, nach siegreichem Abschluß des Kampfes, ihnen am nächsten Tage wieder fortgenommen wird. Lock-Out für 130 000 Mann.

Der opportunistische Geist der Moskauer „Revolutionäre" zeigte sich wieder einmal in bengalischer Beleuchtung bei dem Tode des „Sozialisten" Branting, indem die Parteileitung der KPS. ein Beileidstelegramm, gehalten in schwülstigen Worten, an die Familie Branting sandte. Das paßt zur Einheitsfront, wie die Faust aufs Auge.

Die „Interskandinavische Konferenz" hat die Herausgabe eines Korrespondenzblattes beschlossen. Dieses, „Skandinavisches Bulletin" benannt, ist nun erschienen. Wir werden über den Inhalt referieren, sobald dieses in unseren Händen.

NORWEGEN.

Auch hier Arbeitskämpfe. Wie ein roter Faden ziehen sich die Drohungen der Arbeitnehmer auf Aussperrungen ihrer Arbeiter durch das gesamte Gebiet Skandinaviens von Finland bis Dänemark. Die regelmäßige Wiederkehr in jedem Frühjahr zum gleichen Zeitpunkt lassen auf Vereinbarungen der Industriekapitäne Skandinaviens schließen. Während das Kapital international zusammenwirkt stehen die Arbeiter national getrennt, zersplittert in 200 und mehr Verbänden und Verbändchen da und lassen sich, vom heiligen Berufsegoismus geleitet, einzeln zermürben.

Auch hier ist das Parlament nicht in der Lage, eine Regierung auf gesicherter Grundlage zu bilden. Die Norwahlen im Vorjahre haben nicht vermocht, etwas an diesen Verhältnissen zu ändern. Die Zerfallserscheinungen des Kapitalismus, wie sie die dauernden Regierungskrisen des deutschen Parlamentarismus, seit Jahresfrist uns vor Augen führen, zeigen sich auch in Norwegen.

EIN NORWEGISCHER BARMATSKANDAL.

Die norwegische Handelsbank in Olso befand sich seit längerer Zeit in Zahlungsschwierigkeiten (Nachwirkungen der wahnsinnigen Kriegshausse). Die Regierung Berg gab der Bank aus der Staatskasse einen Zuschuß von 25 Millionen Kronen und verschwieg dieses sorgfältig vor dem Reichstag und der Oeffentlichkeit (diese Transaktion fand statt 1923). 1924 befand sich die Bank wiederum in Not und erhielt vom Reichstag einen Kredit von 15 Millionen Kronen bewilligt — wohlverstanden, ohne daß der Reichstag wußte, daß die Regierung bereits vorweg der Bank 25 Millionen Kronen geliehen. Nun ist die Bank pleite gegangen. Das Geld ist futsch. Die Regierung Berg hatte die 25 Millionen auf Staatsschatzscheine gegeben, die die Bank verzinste und auf diese Weise außerhalb der Staatshaushaltungsrechnung verbliebe. Durch die Bankrotterklärung der Bank und Einstellung der Zinsenzahlung kam der Skandal zur Kenntnis der Oeffentlichkeit.

Der Skandal ist um so größer, als zwei andere Banken, welche einen Staatszuschuß erhielten, ihren Status gründlich prüfen lassen und einige andere Banken als Garantien stellen mußten, sodaß das Risiko des Staates sich verminderte; dagegen hat die Handelsbank ohne jede Garantie, ohne jede Prüfung ihres Kredits die 25 Millionen in aller Heimlichkeit erhalten. Wieviel in den Fingern der norwegischen Barmats hängen geblieben, darüber wird die vielleicht durchgeführte Gerichtsverhandlung einigen Aufschluß geben. — denn in Reichstagskreisen wird eifrig die Möglichkeit diskutiert, das Ministerium Berg unter Anklage des Verfassungsbruchs vor das Reichsgericht zu stellen.

Die parlamentarischen „Revolutionäre" haben es nunmehr ganz besonders eilig. Dieser Skandal ist doch Wasser auf ihre Mühlen.

Ole Lian, Präsident des Norwegischen Tagtigen Sammenslutting (gleich ADGB.) Opportunist und Reformist vom reinsten Blute und (wie die Moskauer Gewerkschaften hämisch in ihren Zeitungen schreiben) zweimal aus der 2. Internationale ausgeschlossen, „starb am 21. Februar. Angekekelt von der wiederholten Demagogie der „roten" R.-P.-Revolutionäre, verließ er diese halb freiwillig, halb gezwungen. Die Zeit erschien ihm vielleicht noch nicht gekommen, um die norwegische Arbeiterschaft offiziell in die Arme der Amsterdamer zurückzuführen. Der Tod trat hindernd dazwischen. Nun was er nicht vollenden konnte, werden seine einstigen Brüder vollenden. Die Einheitsfront Moskau — Amsterdam marschiert. An Ole Lians Stelle tritt ein anderer Reformist und die Geschichte geht ihren vorgeschriebenen Weg.

(Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen

BERICHTIGUNG.

Durch ein Versehen sind in dem Artikel: Der Märzaufstand 1921 in Mitteldeutschland (KAZ. Nr. 20) folgende zwei Sätze ausgelassen worden, die zwischen der ersten und zweiten Zeile auf der zweiten Seite in der ersten Spalte eingefügt werden müssen:

„Um den Umschwung der Politik in der III. Internationale zu verdecken, betrieb man die radikale Phrasendrescherei um so lauter. In dem Augenblick, wo sich diese Linie mit der Provokationspolitik der Regierung kreuzte, mußte es bei der gespannten Lage zu einer Auslösung kommen."

DRUCKFEHLERTEUFEL.

In der Nummer 21 muß es auf der ersten Seite, erste Spalte zweite Zeile, statt: „Der Krieg ist tot" — „Der Klatsch ist tot" heißen.

GROSS-BERLIN.

Achtung! G. H. A. Montag, den 23. März, Sitzung beim Gen. W.

Betriebsorganisation der A. E. G. Hennigsdorf. In jeder B.-O.-Woche, also in der ersten und dritten Woche im Monat, findet Freitags im Lokal von Wolter in Hennigsdorf die Sitzung aller B.-O.-Genossen statt. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Der Obmann.

Achtung! Wanderer! Sämtliche wandernden Genossen, sowie die Mitglieder der Jugend, müssen am Montag, den 30. März, in der Schule Gipsstraße, erscheinen. Beginn pünktlich 7.30 Uhr.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin. Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lanze Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 23

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

März 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Offensiv- oder Illusionskampf

Die Krise des internationalen Kapitals drängt immer gewaltsamer zu Lösungsbestrebungen. Das Gejammer und Gezeter hilft den einzelnen Kapitalismen nichts. Das Experimentieren in internationalen Reparationskonferenzen rollt die Widersprüche der Konkurrenzwirtschaft einer praktischen Kapitalskonzentration immer näher. Die zwangsläufige Frage der Schuldenlasten beergt die Produktivität, die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Gläubigerstaaten und wirkt wieder seine Reaktion auf die Schuldnerstaaten aus. Der Absatz aus der gesteigerten Produktion, im Konkurrenzkampf so gut wie in der Form von Reparationslieferungen auf dem Weltmarkt gerät immer mehr ins Stocken. Die Kapitalisten jedes einzelnen Staates rufen, bedrängt durch die Tatsachen der Schmutzkonkurrenz der passiven Handelsbilanz, nach Schutzzöllen. Der Konkurrenzkampf auf dieser Basis endet für das Kapital mit einer sich steigernden Selbstvernichtung. Der Kampf der Wiederbelebungsversuche fördert immer schärfere Formen der Ausbeutung zu Tage. Daraus entspringen die allenthalben in der Welt ausbrechenden Streiks. Sie sind die instinktiven Abwehrmaßnahmen, die die Offensive des Kapitals auslöst.

Die Mitgliederversammlung des deutschen Maschinenbaukapitals, des Verbandes „Deutscher Maschinenbauanstalten" am 19. März, brachte wieder ein treffendes Bild des Kapitalismus hervor. Dort wurde ungefähr folgendes ausgeführt: „daß die wirtschaftliche Lage der Industrie, insbesondere der Maschinenindustrie, noch immer durchaus unsicher und ungeklärt sei. Außenpolitisch würden von uns Leistungen erwartet, die von derselben Seite nicht gestattet würden bzw. unter Umständen auch nicht gestattet werden könnten. Industrie und Handel litten in der ganzen Welt Not.

Die Industrieländer litten an einer Ueberproduktion, während den Abnehmerstaaten die Mittel, um diese Waren abzunehmen, fehlten. Gerade die Industriestaaten, denen Deutschland in erster Linie tributpflichtig sei, könnten ihre Waren nicht los werden, geschweige denn einen Teil der deutschen Produktion aufnehmen. Auf diese Weise kämen wir nicht in die Lage, unsere Verpflichtungen aus dem Dawes-Gutachten, die ja bekanntlich z. T. aus Sachlieferungen beständen, zu erfüllen. Weiter verbreitete sich Redner über die deutsche passive Handelsbilanz, deren Aktivität entweder durch Erhöhung der Ausfuhr oder durch Verminderung der Einfuhr zu erreichen wäre.

Des weiteren führt derselbe Redner aus: In erster Linie müsse die Fertigindustrie gepflegt werden, deren Aufgabe die Beschäftigung der großen Arbeitermassen sei. Zwecks Ermöglichung einer größeren Ausfuhr dürften Rohstolle nicht durch hohe Zölle verteuert werden. Daneben aber dürften Löhne und Gehälter nur in dringenden Fällen eine Steigerung erfahren, während übertriebene soziale Forderungen abgelehnt werden müßten."

Unter diesem Gesichtswinkel, gekennzeichnet durch die Tatsachen der vergangenen Leipziger Messe, wurde eine Resolution angenommen, die die Regierung auffordert, die kleine Zolltarifsvorlage schnellstens zu verabschieden, um dadurch die Absatzkrise zu lösen.

Ein Rätsel endet mit einem neuen Rätsel. Vor dieser selben Frage, je nach der verschiedenen Konstellation etwas gesondert, stehen alle anderen Konkurrenzstaaten.

Ueber diesen Tatsachen ist das Kapital gezwungen, den nationalen Rahmen mit Gewalt zu durchbrechen. Die industrielle und imperialistische Konzentration zu vollziehen zum Kampf um die Vormachtstellung auf dem Weltmarkt.

Die Zusammenschweißung der deutsch-französisch-englischen Großindustrie, die den Ruhrkonflikt heraufziehen hieß, steht vor ihrer Lösung. Wie man damals bei der Aussaugung der deutschen Lohnsklaven nicht darüber klar war, wer den größten Anteil an dem Gewinn einzustecken hätte, so ist man sich heute nur noch nicht ganz klar, wer in diesem grossen Konkurrenzpakt Amerika gegenüber das erste Wort reden soll.

Doch darüber wird man sich schon einig werden, denn ein großer Stein, der sich eventuell bei den Auseinandersetzungen des Kapitals unter einander aufrollen könnte (nämlich das Kanonenfutter, die Proletarier), ist gut eingepackt und wird so leicht nicht ins Rollen kommen. Wie 1914 und bei der Besetzung des Rheinlandes wird man mit Hilfe der parlamentarischen Parteien und deren Gewerkschaften schon verstehen, im Interesse der Staatsehnheit oder deren Diplomatie einzutreten, ehe die Klassengegensätze aufgedeckt sind, und die Proletarier von ihren Illusionen befreit, den eigenen Weg gehen.

Die Ablenkungsmanöver, die diese proletarischen Organisationen mit ihren disziplinierten Mitgliedern und mit der gesamten Arbeiterklasse auf der politischen Bühne aufrollen, zeigen deutlich genug den Weg in die Sklaverei.

"Alle die Auseinandersetzungen mit der Ausbeuterklasse, die zwar auf illusionärem Boden stehen, die Streiks, die die Ausbeutung tagtäglich heraufbeschwört, werden von den Vertretern des Kapitals, den Gewerkschaften, aufs tote Gleis geführt. Der Eisenbahnerstreik in Deutschland, der Streik in Oesterreich, der Generalstreik und Metallarbeiterstreik in Italien, der Textilarbeiterkampf in Aegypten, und der nun neu entbrannte große Streik in Schweden. Alle sie enden mit einem neuen großen Verrat am Klassenkampf, Illusion und Verzweiflung ist das Produkt der Gewerkschaftspolitik. Ausgeführt am internationalen Proletariat.

Unter dieser vernichtenden Hypnose wird der Kapitalismus wie 1914 das Proletariat willkürlich als Mittel zum Zweck benutzen können. Bei der Auseinandersetzung um die Herrschaft über den Weltmarkt über Rußlands Rohstoffquellen und Chinas, Asiens und Aegyptens Industrialisierung, um den Gesamtprofit bei der Weltproduktion. Lohnsklaven und imperialistisches Kanonenfutter benötigt der Kapitalismus in Zukunft.

•

Auf der einen Seite offene Kampfbasis des Kapitals mit den Werkzeugen der Lohnsklaven, auf der andern Seite gemeinste Verschleierung der Klassengegensätze unter dem Gaukelspiel um den ersten Lakaien des kapitalistischen Staates. Von der äußersten Rechten bis zur KPD., scheinbar ein Kampf zwischen monarchistischer oder republikanischer Reaktion, in Wirklichkeit der Konkurrenzkampf zwischen der Groß- oder Kleinbourgeoisie. Für die KPD. ein Kampf für die Interessen Rußlands, gegen den Zusammenschluß der westeuropäischen Großindustrie.

Kein Kampf um Kapitalismus oder Kommunismus, sondern ein Kampf um die selbständige Kapitalisierung des kleinbäuerlichen Rußland, gegen die Interessen der großkapitalistischen Weltmächte.

Eine Interessengemeinschaft zwischen den kleinbürgerlich-republikanischen deutschen, und den bäuerlich russischen Bestrebungen.

Unter diesen Interessensphären wird das deutsche Proletariat einesteils durch die kleinbürgerlichen Parteien, die SPD., die Demokraten und das Zentrum, und anderseits durch die KPD. in den bürgerlichen Wahlrummel hineingezogen.

Abgelenkt vom Klassenkampf wird es der intensiveren Sklaverei ausgeliefert, zu denkunfähigen Werkzeugen der sich neu entwickelnden imperialistischen Auseinandersetzung gemacht.

•

Die erweiterte Exekutive der Komintern

hat sich schon in Moskau zusammengefunden, scheinbar, um zu diesen Fragen im Interesse des russischen Aufbaues über die große Initiative seiner Sektionen zu beraten. Der Geist Rußland wird wieder einmal einheitlich mit neuen Illusionen in die Proletarierhirne eingepaukt werden. Ein paar revolutionäre Phrasen, das Produkt des russischen Einsamkeitsgefühls, das Mittel zum Zweck bei den Proletarier, das werden die Begleiterscheinungen dieser disziplinierten Ohnmachtsinternationale sein, wenn die Konferenz geschlossen wird. Die erhabene Parole: „Hinein in die Gewerkschaften, in die Parlamente! Ein Glückwunsch dem deutschen Ernst Thälmann, wird das positive Ergebnis sein. An Klassenkampf ist nicht zu denken, er stört die Verhandlungsmöglichkeit Rußlands mit den andern kapitalistischen Staaten.

Die Tagung des Völkerbundrates

Der Völkerbundrat hat Mitte März seine Tagung beendet. Der wichtigste Punkt war das Genfer Protokoll, die Zusammenarbeit Macdonalds mit Herriot im September vergangenen Jahres. Es war der Abschluß der durch das Londoner Abkommen gekrönten „internationalen Verständigung." Der englischen Bourgeoisie sollte eine Plattform geschaffen werden, auf der sie das europäische Konzert dirigieren konnte. Wie richtig die Auffassung von der Rolle Englands innerhalb des Völkerbundes gesehen war, geht daraus hervor, daß gerade das englische Kapital die Unterschrift unter das Genfer Protokoll verweigert, während das französische Kapital weiterhin auf seinem Boden steht. In England hat sich in der Zwischenzeit eine gewaltige Aenderung vollzogen. Das bisher regierende Handelskapital hat seinen Platz dem Industriekapital abtreten müssen. Der Freihandel ist dem Prinzip des Schutzzolls gewichen. Das Arbeitsgebiet des englischen Kapitals hat sich entscheidend verschoben. Die Interessen des Handels, der Vertrieb von europäischen Waren durch englische Vermittlung, welcher die bisherige Grundlage der englischen Wirtschaft war, haben sich als nicht mehr tragfähig erwiesen. Die ungeheure Arbeitslosigkeit in England drohte nicht nur den Profit zu untergraben, sondern sogar eine aktive Revolutionierung der Arbeiterschaft trat ein. Dazu kam, daß die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Industrie auf eine Ausschaltung des Handels und auf den direkten Verkehr mit den ausländischen Verbrauchern hindrängte. Die aktive Beteiligung des amerikanischen Kapitals an der deutschen und französischen Schwerindustrie hob die Abhängigkeit vom englischen Kapitalmarkt auf. All dies machte eine Umstellung der englischen Wirtschaft auf rein industrieller Basis mit dem englischen Imperium als zusicherndem Absatzmarkt notwendig. Das Genfer Protokoll, das die Vereinigten Staaten Europas unter englischer Hegemonie aufrichten sollte, ist damit überflüssig geworden und gleichzeitig auch unmöglich. Das englische Kapital kann nicht Europa und außerdem noch die englische Industrie finanzieren. Es muß vielmehr darauf bedacht sein, den größten Teil des in Europa angelegten Kapitals wieder herauszuziehen und ihn zur Verwendung im Rahmen des neuen Wirtschaftplanes bereitzustellen. Darauf gründet sich auch das Verlangen nach Rückzahlung der französischen Schulden.

Das französische Kapital ist durch die inzwischen erfolgte Umstellung des englischen Kapitals außerordentlich begünstigt. Es hat die Freiheit in Europa wiedergewonnen, nachdem der englische Rivale fortgefallen ist. Die Aufrollung seiner Machtstellung auf dem Kontinent durch die englische wirtschaftliche Ueberlegenheit hat es nicht mehr zu befürchten. Die „Kleine Entente" und die Ostseestaaten müssen sich jetzt jedem französischen Druck fügen. Der wichtigste Punkt ist aber die Völkerbundsarmee als „französisches" Friedensinstrument. Eine mächtige Beteiligung des englischen Kapitals an dieser militärischen Organisation würde eine horrende und vor allen Dingen sich nicht rentierende Belastung sein, die nur dem französischen Kapital von Nutzen sein würden. Deshalb versuchte Frankreich, das Protokoll als eine nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache hinzustellen. Es hält auch besondere Garantiepakte für durchaus möglich, es müßten aber zu diesen Abmachungen die Nationen herangezogen werden, die sich bedroht fühlen, es genügt nicht, daß die am stärksten betroffenen Nationen, wie es England verlange, allein daran beteiligt seien. Das fran-

Illusionen über Illusionen zerren das Proletariat an den Tatsachen, an den Ursachen vorüber auf das Schafott. Nur indem das Proletariat diese Tatsachen des Weges in die Sklaverei erkennt, sich seiner Aufgabe, des Klassenkampfes bewußt wird, kann es der Vernichtung aus dem Wege gehen. Die Zertrümmerung des bürgerlichen Staates durch die revolutionäre Einheitsfront in den Betrieben. Das ist die Vernichtung der Kapitalsvertreter, der Gewerkschaftsinternationale und der parlamentarischen Parteien.

Nur auf dem Wege der Klassendiktatur kann sich das Proletariat befreien.